

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser, Weißbinder und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stantingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Wesenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Gesetzliche Bekämpfung der Mißstände im Baugewerbe. — Politische Umschau. — Erledigte Lohnbewegungen. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. — Bericht. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau. — Bauarbeiterverhältnisse in Bayern. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Kongresse und Generalversammlungen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen.

Gesetzliche Bekämpfung der Mißstände im Baugewerbe.

Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des von der Regierung eingebrachten Entwurfes eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, hat kurz vor den Osterferien ihre Arbeiten beendet. Wie wir seither mitgeteilt haben, bezweckt der Entwurf, dem § 85 der Gewerbeordnung eine Bestimmung einzufügen, wonach die polizeiliche Befugnis, die Ausübung bestimmter Gewerbe zu untersagen, „wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb dartun“, auf das Baugewerbe ausgedehnt wird. Der Begriff der Unzuverlässigkeit soll gegeben sein mit dem Nachweis des „Mangels an technischer Befähigung“. Ein solcher Mangel soll im allgemeinen nicht geltend gemacht werden können gegenüber solchen Bauunternehmern und Bauleitern, die im Besitz eines von einer bautechnischen Staatsbehörde oder einer staatlichen oder von einer gleichgestellten baugewerblichen Hochschule ausgestellten Prüfungszeugnisses sich befinden, oder die von einer Innungs-Prüfungskommission die Weiterprüfung in einem zum Baugewerbe gehörigen Handwerk abgelegt haben. Für alle solche Personen soll ohne weiteres die Annahme gelten, daß sie die entsprechende technische Befähigung besitzen. Allerdings soll sie das nicht schütten vor der Unterfertigung des Gewerbebetriebes, wenn sie bei Ausübung desselben sich als „unzuverlässig“ erweisen. Ueberdies sollen die unteren Verwaltungsbehörden die Befugnis erhalten, bei solchen der baupolizeilichen Genehmigung unterliegenden Bauten, zu deren sachgemäßer Ausführung „nach dem Ermessen der Behörde“ ein höherer Grad praktischer Erfahrung oder technischer Vorbildung erforderlich ist, im Einzelfalle die Leitung und Ausführung des Baues durch bestimmte Personen zu untersagen, „wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, daß sie wegen Unzuverlässigkeit zur Leitung und Ausführung des beabsichtigten Baues ungeeignet sind“.

Die Regierung ist, wie aus den Motiven ihres Entwurfes zu ersehen und wie ihr Vertreter im Plenum des Reichstages sowie jetzt in der Kommission näher dargelegt haben, zu diesen Vorschlägen gelangt auf Grund der an sich durchaus zutreffenden Erwägung, daß es notwendig sei, einen größeren gesetzlichen Schutz gegen unsolide Bauausführungen und speziell gegen die daraus für die Arbeiter des Baugewerbes sich ergebenden Unfallgefahren zu schaffen. Sehr nachdrücklich hat die Regierung sich verwardt gegen die vielfach geäußerte Annahme, daß ihr Entwurf die Tendenz habe, den Befähigungs-nachweis im Baugewerbe einzuführen. Unumwunden hat sie erklärt, daß sie nicht daran denke, an diese Maßnahme heranzutreten, zumal feststehe, daß die überwiegende Mehrzahl der bei Bauten vorgekommenen Unfälle nicht auf Unkenntnis der Bauausführenden, sondern auf Leichtsinn und Gewinnsucht, die zur Verwendung schlechter Materialien, zu gewagter Konstruktion u. dergl. verleiten, zurückzuführen sind. Wie im Plenum, so auch in der Kommission konzentrierten die Mitglieder des Zentrums und die Konservativen die Debatte hauptsächlich auf die Frage des zünftlerischen Befähigungsnachweises. Sie versuchten, dem Staatssekretär des Innern mindestens die Zusage zu erlangen, daß

die Regierung bereit sei, „so bald wie möglich“ an die Verwirklichung dieser „Reform“ heranzutreten. Graf v. Posadowsky wies jedoch die Zumutung entschieden zurück. Nebenfalls wird er nach seiner Erklärung die Regierung nicht in einen Befähigungsnachweis, wie die Zünftler und ihre Protektoren ihn verlangen, einwilligen.

Die sozialdemokratischen Vertreter unterzogen das zünftlerische Befähigungsnachweis-Gezack einer scharfen, vernünftigen Kritik. Hauptsächlich aber richteten sie ihr Bemühen darauf, den Regierungsentwurf auszufallen zu einem umfassenden Bauarbeiter-Schutzgesetz. Sie konnten sich auf die Tatsache stützen, daß die Regierung jetzt ihren Entwurf mit der Tendenz eines solchen Gesetzes engstens und untrennbar verbunden hat. Der Grundsatz an sich, daß eine Bauausführung in gewissen Fällen und unter bestimmten Voraussetzungen untersagt werden kann und muß, hatten die sozialdemokratischen Vertreter bereits im Plenum anerkannt. Aber sie machten geltend, daß es notwendig sei, die Tatsachen, auf welche die Untersagung sich zu stützen hat, schärfer und präziser gesetzlich zu fassen, als dies in der Regierungsvorlage der Fall. Da ist ganz generell nur die Rede von „Tatsachen, welche die Unzuverlässigkeit der Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb dartun“. Das genügt in Ansehung des vornehmlichsten Zweckes des vorgeschlagenen Gesetzes um so weniger, als der Begriff „Unzuverlässigkeit“ ein sehr unsicherer und beßbarer ist. Deshalb beantragten Bismarck, Frohme und Gosen, dem einzufügenden neuen § 85a folgende Fassung zu geben:

„Der Betrieb des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter, sowie der Betrieb einzelner Zweige des Baugewerbes ist zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche gröblich, aus Mangel an technischer Befähigung oder aus Leichtsinne und gewissenlosigkeits resultierende Verstöße gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst, oder gegen die gesetzlichen, polizeilichen oder berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften, oder Arbeiter-Schutzbestimmungen, oder betriebsmäßige Geschäftspraktiken bei der Bauausführung dartun.“

Daß alle die in diesem Antrage erwähnten Unterfangungs-voraussetzungen berücksichtigt werden müssen, wenn das Gesetz seinem Zwecke genügen soll, wurde vom Staatssekretär des Innern unbedingt zugegeben. Jedoch trat er und mit ihm die Mehrheit der Kommission den Standpunkt, daß es nicht erforderlich sei, ein Gesetz, die Basis für die Ausführung der behördlichen Unterfangungsbefugnis, soweit auszufallen. Graf Posadowsky gab die protokolllarisch festgelegte, also für die verbindlichen Regelungen bindende Zusicherung, daß der Antrag Bismarck-Frohme nicht weiteren noch etwa festzusetzenden Unterfangungsgründen in den von den Regierungen zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz Berücksichtigung finden sollen. Wir sind überzeugt, daß das geschehen wird. Es kommt dann allerdings darauf an, daß diese Bestimmungen streng und gewissenhaft Anwendung von Seiten der berufenen Behörden erfahren. Schließlich das, worüber die organisierte baugewerbliche Arbeiterschaft eifrig zu wachen hat, so wird der Zweck des sozialdemokratischen Antrages auch auf diesem Wege erreicht. Ausdrücklich wünschte Graf v. Posadowsky die Aufnahme der Bemerkung in das Protokoll, daß die Regierung und die Kommission sich zu dem Inhalt und der Tendenz des Antrages bekennen und daß seine Ablehnung lediglich erfolgt sein in der Voraussetzung seiner Verwertung in den Ausführungsanweisungen.

Das ist eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft im Interesse der baugewerblichen Arbeiterschaft. Im Zusammenhang damit legen die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder entscheidenden Wert darauf, daß das neue Gesetz, das ja nach offizieller Darlegung der „Beseitigung der im Baugewerbe herrschenden Mißstände“ dienen soll, auch die Frage des Bauarbeiter-Schutzes gründlich und umfassend regelt. Die ganze Tendenz der Vorlage zwingt logisch zu dieser Regelung. Dem entsprechend hatten die sozialdemokratischen Vertreter beantragt, dem Titel VII der Gewerbeordnung einen neuen Abschnitt, der speziell von den Arbeitern des Baugewerbes handelt, einzufügen. In diesem Antrage, drei Paragraphen umfassend, sind all die Vorschläge, die der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Bauarbeiter-Schutzgesetz-Entwurf enthält, ihren Hauptpunkten nach in gedrängter Kürze und reaktioneller Umgestaltung zusammengefaßt. Der erste der vorgeschlagenen Paragraphen behandelt die solidarische Verpflichtung der Bauunternehmer und Bauherren, den Betrieb so einzurichten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Der zweite Paragraph betrifft den Erlass von Unfallverhütungs-Normalvorschriften durch das Reichsversicherungsamt unter Hinzuziehung von Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter des Baugewerbes. Der dritte Paragraph trifft Bestimmungen, betreffend die Aufsicht über die Ausführung der Bauten und die Durchführung der Schutzvorschriften durch besondere Baupolizeibehörden unter Beteiligung von Vertretern der Arbeiter, die Wahl dieser Vertreter usw. usw.

Sowohl von den Regierungsvertretern, wie von den Nebenämtern aller in der Kommission vertretenen Fraktionen wurde die Notwendigkeit einer verstärkten Baukontrolle ausdrücklich anerkannt. Nur über die Zuziehung von Arbeitern war man geteilter Meinung. Im allgemeinen hielt man an der ganz haltlosen Anschauung fest, daß die Frage des Bauarbeiter-Schutzes generell nicht reichsgesetzlich geregelt werden könne. So wurde denn diese wichtige Frage mit der Annahme einer vom Zentrum beantragten Resolution abgetan, die dem Reichstage empfiehlt, „die verbindlichen Regelungen zu erforschen“.

a) Unklarerhalb einen Gesetzentwurf, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, vorzulegen, in welchem vorgeschrieben wird, daß besondere Beamte für die Baukontrolle (§ 139b) in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden;

b) Verordnungen zum Schutze der Bauarbeiter auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung zu erlassen.“

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Plenum den von der Kommission nur unvollständig veränderten Entwurf und die vorgeschlagene Resolution annehmen wird. Trotz dieser Voraussetzungen dürfen die sozialdemokratischen Vertreter ihre Vorschläge nochmals im Plenum bei der zweiten und dritten Lesung unterbreiten und eingehend begründen, sei es auch nur, um auf dieser Grundlage auch im Plenum nicht minder erspöndend, wie sie es in der Kommission getan haben, die Mißstände darzulegen, unter denen die Arbeiter im Baugewerbe zu leiden haben. Wir dürfen wohl sagen, daß sowohl die Regierungsvertreter, wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Kommission, aus den diesbezüglichen Ausführungen der sozialdemokratischen Redner gelernt haben. Dafür, daß die Frage der gesetzlichen Regelung des Bauarbeiter-Schutzes nicht einschläft, wird die organisierte Bauarbeiter-Schaft und die Sozialdemokratie sorgen.

Politische Umschau.

Zwischen dem Reichstag und dem Senatsrat steht das Reichstages einseitig und der Regierung andererseits ist, unter Zustimmung aller Fraktionen, bereitwillig worden, die dringenden Vorlagen bis spätestens zum 30. Mai zu erledigen und dann die Verhandlungen bis Mitte November zu vertagen. Es handelt sich in erster Linie um die Erledigung des Etats. Da er bis zum 1. April, dem Beginn des neuen Rechnungsjahres, nicht zu Ende beraten werden konnte, mußte ein „Notgesetz“ erlassen werden, das bis Ende Mai Vorsehung trifft. Also muß vor Ablauf dieser Frist die definitive Erledigung erfolgen, wenn man nicht nochmals mit einem „Notgesetz“ sich behelfen will. Irrend ein Interesse, diese Erledigung noch weiter hinauszuschieben, besteht auf keiner Seite.

Weiter kommen die Steuerentwürfe in Betracht. Sie sind in verlassener Woche in zweiter Lesung erledigt worden und haben nun noch die dritte Lesung zu bestehen, die höchst wahrscheinlich an den in zweiter Lesung gefassten Beschlüssen nichts ändern wird. Es ist sicher, daß dem Volke viele neue Belastungen erwachsen: Biersteuer, Zigarettensteuer, Fahrkartensteuer. Außerdem ist eine Automobilsteuer und eine Erbschaftsteuer, sowie die Besteuerung der Einkommen, die von Gesellschaften an Aufsichtsräte etc. gezahlt werden, beschlossen. Die Quittungssteuer hingegen ist abgelehnt worden.

Wir werden über die neuen Steuern nach Erledigung der dritten Lesung unsere Leser unterrichten. Für die allerdings recht unvollkommenen Erbschaftsteuer und die Einkommensteuer treten auch die Sozialdemokraten ein. Sie sehen darin mit Recht einen ersten Schritt zu den direkten Steuern, deren Einführung sich die Regierungen und die bürgerlichen Parteien, soweit sie bis jetzt noch Gegner dieser einzig gerechten Besteuerungsart sind, auf die Dauer nicht werden widerlegen können. Die sozialdemokratische Fraktion brachte eine Resolution ein: den Reichstag zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach Reichs-Einkommen- und Reichs-Verbrauchssteuern mit fester Weise steigenden Steuern eingeführt und in Verbindung damit die breiten Volksmassen bedrückenden Verbrauchsabgaben, insbesondere die Abgaben auf Salz, Petroleum und Zucker, abgeändert werden.

Die Resolution wurde zwar abgelehnt, aber das darin ausgesprochene steuerpolitische Prinzip wird sich durchdringen. Die Regierung dringt darauf, daß vor der Vertagung auch noch die Militärpensionsgesetze zur Verabschiedung gebracht werden. Ob das aber möglich sein wird, erscheint noch fraglich. Das Sozialgesetz hingegen dürfte seine Erledigung noch finden; ebenso das Diätengesetz, das nach den Beschlüssen der Kommission einige nicht unerhebliche Veränderungen erfahren soll. Die zweite Beratung dieser Vorlage fand am 12. Mai statt. Sie wurde in der Fassung der Kommission angenommen. Die wesentlichen Änderungen sind folgende:

Während die Regierung die freie Eisenbahnfahrt auf der Strecke zwischen dem Wohnort der Abgeordneten und dem Sitz des Reichstages für die Dauer der Sitzungsperiode beschränkt will, ist nunmehr beschlossen, daß die Freiheit auf alle deutsche Eisenbahnen sich erstreckt. Sie auf die ganze Legislaturperiode auszudehnen, wie die Sozialdemokraten und Freisinnigen gefordert haben, weigert die Regierung sich entschieden. Es bleibt bei der bisherigen Einrichtung der freien Fahrt während der Dauer der Sitzungsperiode sowie auch Tage vor deren Beginn und acht Tage nach deren Schluß.

Die den Abgeordneten aus der Reichstagskammer zu zahlende Aufwandsentschädigung von insgesamt 8000 ist beibehalten worden. Nur ihre Auszahlung hat eine etwas andere Einteilung erfahren. Die Regierungsvorlage hat vier monatliche Zahlungen (1. Januar, 1. Februar, 1. März, 1. April) mit je 500 vorgezogen. Die Beschlüsse sind fünf Monatstermine mit je 400 beginnend am 1. Dezember. Der Rest von 1000 wird am Tage der nach Art. 26 der Reichsverfassung erfolgten Vertagung oder Schließung des Reichstages zahlbar.

Entgegen dem Vorschlag der Regierung, daß für jeden Tag, an dem ein Mitglied des Reichstages der Plenarsitzung ferngeblieben ist, von der nachschüssigen Entschädigungsrate ein Betrag von 30 in Abzug gebracht werden soll, ist dieser Abzug auf 20 festgelegt worden.

Die Bestimmungen über den Anwesenheitsnachweis sind dahin abgeändert worden:

Die Anwesenheit in der Plenarsitzung wird dadurch nachgewiesen, daß das Mitglied sich während der Dauer der Sitzung in eine Anwesenheitsliste einträgt.

Wer an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, gilt im Sinne dieses Gesetzes als abwesend, auch wenn er sich in die Liste eingetragen hat.

Für erstere Bestimmung stimmten auch die Sozialdemokraten, die letztere aber wurde sowohl von ihnen wie von den Freisinnigen entschieden bekämpft. Mit Recht. Denn offenbar soll durch sie ein Zwang zur Teilnahme an den namentlichen Abstimmungen ausgeübt werden, und zwar durch Verhinderung obstruktioneller Verhinderung der Beschlussfähigkeit des Hauses — einer Taktik, die unter Umständen geradezu gebräuchlich ist, um dem Hauptzweck schlechter Gesetze entgegenzuwirken. Solch ein Zwang zur Teilnahme an namentlicher Abstimmung ist nicht nur ungerecht, ein Eingriff in die Freiheit parlamentarischer resp. fraktioneller oder persönlicher Entscheidung, sondern auch eine Willkür in der Anberaumung der Tagesordnung, daß für die Teilnahme an allen sonstigen Abstimmungen ein Zwang nicht besteht, obwohl sie in der Regel nicht minder wichtig, je häufiger und je wichtiger sind, als namentliche, die auf Antrag von 50 Mitgliedern erfolgen und nicht selten nur eine taktische Bedeutung haben.

Möglich, daß in der dritten Lesung der Straßburger Beitrag von 80 M. wieder hergestellt wird, um einen gerechteren Ausgleich gegenüber den Mitgliedern des Reichstages, die zugleich als Mitglieder einer anderen politischen Körperschaft Diäten beziehen, herbeizuführen. Im übrigen aber dürfte es bei den Beschlüssen der zweiten Lesung bleiben. Wenn unseren Lesern diese Nummer unseres Blattes zugeht, wird die Diätenvorlage in dritter Lesung, also definitiv

erledigt sein. Und das neue Gesetz wird dann sofort, mit dem Tage seiner Verkündung, in Kraft treten.

Annahme fand auch folgende Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen, die Geschäftsordnungs-Kommission zu beauftragen, zu erwägen, ob die Bestimmungen über den Zeitpunkt der Einbringung von namentlichen Abstimmungen abzuändern sind und ob die Sonntags- und Montagssitzungen in der Regel ausfallen können.

Die Herabsetzung der erforderlichen Änderungsanträge sind hinsichtlich dieser Tagung dem Plenum vorzulegen. Die Sozialdemokraten stimmten gegen diese Resolution, denn ihr kann nicht entsprochen werden, ohne daß die parlamentarischen Geschäfte, besonders die Verhandlungen der Initiativanträge, eine erhebliche und keineswegs wünschenswerte Beeinträchtigung erfahren. Weiter verbindet sich ja mit der ganzen Vorlage die Tendenz, die Tätigkeit des Parlaments Einschränkungen zu unterwerfen.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelt über Eingaben von Handwerksverbänden und Innungsaussschüssen, betreffend die Forderung des allgemeinen Befähigungsnachweises. Es wird darin protestiert gegen den diese Forderung abweisenden Beschluß des Kölner Handwerks- und Gewerbetages und die Erwartung ausgesprochen, daß endlich die verbündeten Regierungen einen Gesetzentwurf über die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises in Vorlage bringen, sowie daß die gesetzgebenden Körperschaften ihren bisherigen Standpunkt in der Frage des Befähigungsnachweises nicht verlassen würden.

In der Kommission gab nun der Geheimere Ober-Regierungsrat Spießhagen als Regierungskommissar die Erklärung ab, es sei ihm nichts davon bekannt, daß in der Haltung der verbündeten Regierungen gegenüber der Forderung des allgemeinen Befähigungsnachweises für das Handwerk, wie sie schon so oft, und zwar stets in ablehnendem Sinne, ausgesprochen worden sei, inzwischen sich eine Aenderung vollzogen habe.

Aus der Kommission wurde von einer Seite beantragt, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, da die in der Minderheit gebliebenen Körperparteien nicht beanspruchten könnten, daß ihrer Stellungnahme ein größeres Gewicht beizulegen sei, als dem Beschluß der Mehrheit des organisierten Handwerks. Von der Mehrheit der Kommission wurde indessen die Ansicht vertreten, daß die Auffassung der nicht unterdrückten Minderheit der in Köln vertretenen gewerblichen Verbände nicht als unbedenklich behandelt werden könne. Es wurde deshalb beschlossen, die Petitionen dem Reichstagsrat als Material zu überweisen. Als Material für den Reichstagsrat. Denn es liegt fest, daß die verbündeten Regierungen der Forderung des allgemeinen Befähigungsnachweises nicht entsprechen werden.

Der Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine fällt mit so schärfem im Dunkel der bundesrechtlichen Aufmerksamkeit verloren. Obgleich schon am 28. November des vorigen Jahres vom Kaiser in der Thronrede angeht, ist gar nicht darauf zu rechnen, daß er noch in dieser Session des Reichstages zur Verhandlung gelangt. Das läßt sich schließlich dadurch erklären, daß der Reichstag zeitlich damit zu tun hat, um die von der Regierung gewünschten neuen Steuern zu apportionieren, aber nicht verstehen kann man, daß der Gesetzentwurf nicht wenigstens schon veröffentlicht wird. Die zunächst daran interessierten Kreise, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft, haben ein lebhaftes Interesse, die Reichstagskammer zu lernen, die künftig bei ihnen Geltung haben sollen. Diese gesellschaftliche Geheimhaltung kommt sicher nicht von ungefähr: man fürchtet die Kritik und will sie soviel wie möglich einschränken. Daraus folgt, daß man Grund zur Furcht hat. Wäre die Sache anders, warum sollte man dann nicht den Entwurf veröffentlicht? Aber der heute herrschende Kurs, der in Sachen der Sozialgesetzgebung durch das Wort von der vollen Kompromittierung und durch die abgelehnte Hand in Dresden so trefflich illustriert wird, wird auch diesem Gesetzentwurf seinen arbeiterfeindlichen Stempel aufgedrückt haben. Darum das Schweigen!

Die Achtstundebewegung in Frankreich nimmt Dimensionen an, wie sie nach dem bisherigen Verhalten der französischen Arbeiter kaum zu erwarten waren. Nach einem Bericht des „Vorwärts“ vom 11. Mai sind in Paris allein jetzt über 150 000 Arbeiter im Ausstand. Allgemein ist der Streik in der Metallindustrie (etwa 85 000 Ausständige), im Baugewerbe (60 000), Wagenbau und Nebengewerbe (29 000). Von den Erdbearbeitern stehen rund 10 000 im Streik, von den Typographen 8000 (die übrigen haben zum Teil ihre Forderungen durchgesetzt). Der größte Teil der Holzarbeiter, darunter besonders die Möbelschneider und Bildhauer. Die Elektricitätsarbeiter haben den Generalstreik beschlossen. Die Unternehmer der Automobilindustrie haben die Arbeiter ausgeperrt und sich gegenseitig verpflichtet, keinerlei Konzessionen zu machen. Diese Industrie beschäftigt in Paris etwa 25 000 Arbeiter. Das Ende dieses Konflikts ist nicht abzusehen.

Auch in der Provinz ist die Bewegung im Wachsen: In Lyon streikten etwa 16 000 Arbeiter. Die Unternehmer der Seidenindustrie planen eine Nissenaußsperrung, die weitere 80 000 betreffen würde. In Koulon haben die Arzeneiarbeiter den Streik abgelehnt; in der Industrie- und Arbeiterchaft ist die Kampflust ungeschwächt. In St. Etienne gerät ein Gewerbe nach dem anderen in Bewegung. Und ähnlich ist es in allen Teilen des Landes.

Eine neue Generalstreikbewegung hat Italien ergreifen. Anlässlich eines Konfliktstreiks in Turin, einer sehr ernsthaften Stadt, schritt die bewaffnete Macht mit gewöhnlicher Brutalität ein. Anfänglich standen etwa 8000 Textilarbeiter im Streik, bald waren es 30 000 Arbeiter aus allen verwandten Industrien. Nun waren die Fabrikanten zu Unterhandlungen bereit, aber ehe es dazu kam, ließ der Stadtrat die Polizisten auf die Streikenden los. Eine Anzahl Streikender, die sich in das Gefängnis schloß, wurden geschlagen, wurden von Polizisten ver-

folgt und in ihrem eigenen Heim durch Schüsse zum Teil tödlich verwundet. Als Antwort auf das Blutvergießen erklärten die Turiner Arbeiter den Generalstreik, der mit gewaltiger Wucht losbrach und Industrie wie Verkehr sofort lahmlegte. Alle Fabriken und fast alle Bäder mußten geschlossen werden. Nur die Krankenhäuser und die Drucker der Tagesblätter blieben auf Beschluß der Arbeitskammer auf ihren Posten. Jetzt gaben Behörden und Unternehmer sofort nach; die Forderungen der ursprünglich Streikenden wurden bewilligt, die an dem Gemisch schuldigen Polizisten und sonstigen Beamten abgesetzt. Inzwischen war aber auch in Bologna auf die Nachricht von den Turiner Vorgängen der allgemeine Ausstand aus Sympathie proklamiert worden, und auch hier floß Blut. Die Folge war der Generalfreist in Mailand, Rom und anderen Städten.

Der Streik in Turin wurde nach anderthalb Tagen muntergültiger Durchführung durch Beschluß der Arbeitskammer beendet, nachdem die Dienstenthebung der an dem Verbrechen schuldigen Polizisten erfolgt war. Inzwischen dürfte auch in den übrigen Städten die Arbeit wieder aufgenommen sein. Künftig sozialistische Deputierte der italienischen Kammer haben ihre Mandate niedergelegt, weil sich Regierung und Kammermehrheit weigerten, sofort in die Beratung eines Gesetzes einzutreten, das die Einmischung von Truppen in Arbeiterkämpfen verbietet.

Rußland ist nun in den Kreis der „Konstitutionellen“ Staaten eingetreten. Am 10. Mai ist endlich die Duma, das russische Parlament, zusammenberufen und eröffnet worden. Welche Freiheiten und Rechte der Zar der Duma zugeteilt wird und welche sie sich zu erobern vermag, steht noch dahin. Wenn es nach dem Willen des bisherigen „Selbstherrschers“ und seiner Berater geht, so wird die Duma nur ein Scheinparlament, wohl noch unter dem Range des preussischen Abgeordnetenhauses, sein. Eine andere Frage ist es, ob sich das russische Volk eine solche Vertretung gefallen lassen wird. Die sozialistische Arbeiterchaft und zum Teil auch die Bauernschaft haben die Revolution noch nicht aufgegeben. Die sozialdemokratische Partei hatte Wahlenthaltung proklamiert. Die bürgerliche Gesellschaft, soweit sie an der Revolution beteiligt war, gebärdet sich auch augenblicklich noch recht demokratisch, sie ist aber allen Ansichten nach sehr geneigt, gegen wirtschaftliche Vorteile die Volksrechte preiszugeben.

Die Mehrheit in der Duma hat die sogenannte „Radikale Partei“, dem preussisch-deutschen „Freisinn“ nahe verwandt. Ein Anhänger dieser Partei, Beirumelwitsch, feierte in der ersten Sitzung der Duma die Opfer, die für die Freiheit gefallen sind oder in Gefängnissen schmachten. Das freie Rußland fordere die Befreiung der Verhafteten. — Schöne Worte, an die sich das Barenregiment freilich wenig kehren wird. Die Abgeordneten der Bauern nahmen in einer Verdimlung eine Resolution an, worin sie erklärten: die kaiserliche Kundgebung über die Grundgesetze vernichte das Manifest, durch das die Duma ins Leben gerufen wurde, fast völlig und mache es ihnen unmöglich, den Willen des Volkes auszuüben.

Das Organ der Radikalen Partei, „Nietisch“, gibt folgenden Kommentar zu dem historischen Tag: Die von der Mehrheit der Abgeordneten ergangene Warnung vor dem ferneren Gebrauch des Wortes „Selbstherrschers“ habe Erfolg gehabt. Dagegen habe die Regierung keinen Schritt getan, um der öffentlichen Meinung entgegenzukommen an dem Tage, wo auch der kleinste Schritt von dem Volke mit Befriedigung aufgenommen worden wäre. Die Regierung gelände sich durch die Fähigkeit aus, den richtigen Moment zu verpassen. Von der Thronrede sagt „Nietisch“, sie umgehe mit großer Kunst alle heißen Themen. Die Regierung bewege sich auf einem engen Wege, worauf sie schon längst zwischen der phantastischen Furcht vor den Moten und noch mehr der utopischen Hoffnung auf die Schwärze hin und her schwante, weder vor- noch rückwärts schreitend; aber an einer Stelle verharren, wenn ringsum alles fortschreitet, das heißt zurückweichen. Nach alter Weise lasse die Regierung einen bestimmten Plan vermissen. Auf der Fahrt nach dem Zarenpalais kamen Abgeordnete an dem Gefängnis vorbei, aus dessen kleinen Fenstern ihnen Begrüßungen und Forderungen zugerufen wurden. Diese Fenster hätten am Tage der Duma-Eröffnung leer sein müssen, falls die Regierung es verstände, sich des Volkes Liebe zu erwerben, doch waren sie besetzt wie nie zuvor. Vor dem Dumapalais stand das Volk dicht gedrängt und Spalier bildend. In der Luft schwebte nur das eine, in der Thronrede verschwiegene Wort. Ohne Rücksicht auf die erforderlichen Formalitäten müsse in dieser Hinsicht unerbittlich etwas geschehen.

Das Blatt „Nietisch“ ist in der Lage, mitzuteilen, eine Adresse der Duma an den Kaiser, die von der Kommission der Parlamentsfraktion der konstitutionell-demokratischen Partei entworfen wird, werde die Notwendigkeit einer Amnestie und die Gewährung von Bürgerrechten und politischen Freiheiten an alle Bürger sowie die Festlegung der Scheidewand zwischen dem Monarchen und der Duma, das heißt des Reichsrats, betonen. — Zu den „Grundgesetzen“ schreibt die deutsche „Petersburger Zeitung“: Solange sie keine Gesetze, sondern unerfüllte Wünsche sind, an denen die Organe der Volksherrschaft darfst, solange sind auch die Organe der Volksherrschaft nichts mehr, als auf höheren Befehl arbeitende Behörden. Neben der Agrarrevolution, die um so sicherer und elementarer sein wird, je mehr man jetzt den Bauern verspricht, nimmt die Revolution des Kleinproletariats klein und schwächlich aus, aber auch sie schläft nicht. — Der „Vorwärts“ fragt: Solltest einen Artikel mit der Frage: Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution. — „Nietisch“ sagt, die Bourgeoisie habe sich mit der Regierung verbunden und seiere das Verbrüderungsfest, das aber in Wahrheit die roten Feiern beider darstellt.

Erledigte Lohnbewegungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1906.

* Partielle Streiks liegen vor, wenn bei einzelnen Unternehmern die Arbeit eingestellt werden mußte, weil sie die getroffenen Vereinbarungen (Rubrik 8) oder die Zugeländnisse ohne gegenseitige Vereinbarung (Rubrik 9) nicht gewährten. Als „Angriffsfreiheit“ kommen nur solche Arbeitseinstellungen in Frage, wo die Arbeiter ganz allein die Angreifer sind, und als „Ausförrungen“ sind alle Arbeitseinstellungen bezeichnet, wo die Unternehmer sich ganz allein in der Rolle der Angreifer befinden. Im „Angriffsfreiheit und Ausförrungen“ handelt es sich, wenn die Arbeiter eine Zeitarbeits-einstellung injunierten und die Unternehmer mit Ausförrung antworteten. Sind dagegen die Unternehmer diejenigen, die den Kampf durch Ausförrung begannen und die Zeitarbeits-einstellung stellten die Arbeiter ein, dann ist die Bewegung als „Angriffsfreiheit und Ausförrungen“ bezeichnet. Streikender Streik bedeutet Verletzung, wogegen der Streik Verletzung der Betr. Frage.)

Name des Lohnbezirks	Zahl der		Forderungen		Die Forderungen wurden erledigt										Durch die Bewegung wurde erreicht				Unkosten				
	zum Lohn- bezirk gehörenden Orte	Unter- nehmer	Gesellen	Stun- den- lohn	Arbeits- zeit	Andere	ohne Arbeitseinstellung, und zwar durch					In den Fällen (Rubrik 8 und 9) kam es					Rohrverföhrung		Verföhrung der Arbeitszeit		Erfolge in anderen Punkten	Wurde ein Ver- trag abge- schlossen?	Vorläufiger Fest- stellung
							gegen- seitige Verein- barung infolge münd- licher Unter- hand- lungen	durch Zugeländnisse der Zeitarbeits- einstellung	durch Ver- handlung	sonstige	sonstige	An- griffs- freiheit	Aus- förrung	Aus- förrung	Aus- förrung	pro Stunde	pro Tag	pro Tag	pro Woche				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22		
Gau Braunschweig.																							
Goslar a. Harz	1	18	143	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	80,—	
Hörsenleben	1	8	56	88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	76,70	
Rangelsheim a. Harz	8	5	48	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Königsblutler	12	4	45	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Seefen a. Harz	12	8	189	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Welfheim a. b. Ohe	10	4	53	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gau Dresden.																							
Großenhain	81	13	167	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gr.-Zschadowitz	5	4	32	53	9½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Ramenz	24	10	108	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Kloßsche	2	3	25	33	9½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Kommarsch	89	5	50	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Meißen	26	14	341	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Rositz	56	8	182	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Radberg	11	6	80	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Radberg	26	5	40	32	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Riesa	66	24	100	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Strehla	13	3	25	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Tharandt	20	7	75	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Weinböhla	2	4	25	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wilsdruff	81	6	96	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gau Götting.																							
Großschönau	3	3	134	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Rangels	5	2	31	34	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Riegels	64	29	444	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gau Leipzig.																							
Wittenfeld	7	19	255	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Delitzsch	15	12	85	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Röben	14	8	70	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Frauenberg	3	8	72	38	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Glauchau	1	16	157	36	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Großw.-Schmiedeberg	11	3	63	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Rangenberg	1	4	46	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Roßwein	3	4	138	33	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schmölln	1	8	114	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Triebes	8	4	77	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gau Lübeck.																							
Bülow	35	7	51	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gröbzig	47	11	40	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Radenburg	21	6	14	55	9½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Grebesmühlen	90	5	60	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gr.-Wodern (Teterow, Malchin)	88	8	130	40	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Grömitz i. S.	22	4	43	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Röppeln	24	3	40	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Rübenburg i. S.	40	3	34	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Malchin	25	6	35	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Neufalen	31	3	32	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Postenmühlte	29	4	57	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Oderburg i. S.	28	6	42	37	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Parichin	27	11	41	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Plön i. S.	25	5	33	45	9½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Rehna	28	3	29	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Reinfeld i. S.	27	10	35	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Rönitz	50	6	78	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schönberg i. M.	53	4	61	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Stavenhagen-Gülow	49	5	75	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zeßlin	51	3	42	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Waren	75	9	82	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gau Magdeburg.																							
Arndsee	2	6	35	30	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Barby	7	5	30	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Biere	5	2	29	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Blankenburg	1	15	150	39	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Elbe	9	8	56	32	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Großpenitz	3	4	75	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Neuhaldensleben	14	14	145	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Neuh.	6	2	35	33	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Neuh.	9	8	107	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Schadensleben	8	3	79	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gau Nürnberg.																							
Amberg	1	5	85	42	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Stirndorf	1	4	32	50	9½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gau Stettin.																							
Arnswalde	18	4	74	40	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Bahn	21	12	76	38	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Barth	93	6	83	40	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Callies	14	3	54	38	10½	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Freibitzow	21	3	25	40	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Friedland i. Meckl.	32	7	93	40	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Gollnow	21	7	64	38	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Schleswig-Holstein:

Moldorf, Schwartau, Pansdorf, Niendorf a. d. Ostsee, Süderbrarup, Oldesloe (Streiks), Lütjenburg, Ahrensböck (Differenzen);

Mecklenburg:

Schwerin (Sperrn über Ferd. Stange), Goldberg (Zimmererstreik), Stille (Sperrn über Holldorf), Böbel, Waren (Streiks), Lage, Ratzeburg, Schönberg (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperrn über Küster), Jarmen (Sperrn über Brandt und Heidtschmidt), Stralsund (Streik), Gellin (Sperrn über H. Schütter), Damla (Aussperrung);

Ost- und Westpreussen:

Konitz (Aussperrung), Marienwerder (Aussperrung in Rehlfeld b. M.), Elbing, Goldap, Memel, Osterode, Fr. Stargard (Streiks);

Posen:

Schneldmühl, Posen (Aussperrung), Krotoschin (Streik);

Schlesien:

Breslau (Differenzen), Hirschberg-Gunnersdorf (Aussperrung), Oppeln, Niesky, Ostrowo, Gottesberg (Streiks);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Fürstenwalde, Forst (Streiks), Alt-Karbe (Streik steht bevor), Berlin (Zementbranche, Sperrn über O. Stäwe), Trebitzsch (Sperrn über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Freienwalde (Bauarbeiterstreik), Strassburg i. d. Uckermark (Sperrn über R. Henschel);

Provinz Sachsen:

Mühlberg a. d. E., Ammendorf, Sangerhausen (Streiks), Bitterfeld (Sperrn über E. Wiesner);

Königgr. Sachsen:

Wurzen (Sperrn über Lehmann in Püchau), Hirschberg (Aussperrung), Schandau (Streik), Sebnitz, Neustadt, Stolpen, Pirna (Aussperrung), Zwickau, Penig, Elsterberg, Grossröhrsdorf, Grimschschau (Streiks);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselhövede (Sperrn über Cohrs und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. W., Hastebeck, Hildesheim, Aurich, Zwischenahn (Streiks), Celle (Bauarbeiterstreik);

Braunschweig:

Holzminde (Streik), Stadtfeldendorf (partieller Streik);

Thüringen:

Erfurt (Sperrn über Wagner und Walther & Grossmann), Eisenach (Sperrn über Wagner), Gera (Sperrn über Hirsch), Arnstadt (Sperrn über Panst und Papst), Kahla (Aussperrung), Meuselwitz (Sperrn über K. Müller), Weimar, Schlottheim (Streiks), Suhl (Differenzen);

Rheinprovinz und Westfalen:

Borghorst b. Münster (Streik), Rheine (Differenzen), Ahweiler-Neuenahr (Streik), Düren (Sperrn über Bruno);

Bayern:

Nürnberg (Sperrn über Schaller), Erlangen, Alzenau, Straubing, Hof a. d. S., Würzburg (Streiks);

Hessen:

Flörsheim, Finthen (Streiks), Hersfeld (Aussperrung);

Baden-Pfalz:

Lambrecht, Hassloch, Schwetzingen, Weinheim, Edingen, Heddeshelm, Schifferstadt, Baden-Baden, Grünstadt (Streiks), Singen (partieller Streik);

Elsass-Lothringen:

Gebweiler (Streik);

Württemberg:

Nürtingen, Heidenheim, Brenz (Streiks), Gmünd (Gipserstreik);

Fliesenleger:

Rhein-westfälisch. Industriegebiet (Lohnbewegung).

Oesterreich:

Bad Hall, Bodenbach, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung).

Zuzug von Verbandskollegen ist erwünscht nach Sagen i. W. Das Bureau befindet sich im Volkshaus; zureisende Kollegen mögen sich dort melden.

Deutschtum ist Freiheit, Deutschum ist Kultur!

So oder so ähnlich hat sich, wenn wir uns recht erinnern, einmal Wilhelm II. bei irgend einer höflichen Empfängnis- oder Einweihungsfeier geäußert. Solch abstrakte Formeln bedürfen jedoch der Füllung durch tatsächliche Volkstümlichkeit, erst durch die lebendige Wirklichkeit gewinnen auch sie erst Leben

und Inhalt. Ein Bild aus dieser Wirklichkeit entwirft uns folgende Zuschrift aus Posen:

„Es vergeht kein Kampf zwischen Arbeit und Kapital, bei dem die Polizei nicht dem Kapital behilflich ist; so auch bei der Aussperrung in Posen. Dagegenwärtig hege ich Straf-befehle, zumeist über je 4. 8. Da es eine Aussperrung ist, so kostet es dieses Mal nur halb so viel wie vor vier Jahren, als es ein Streik war. Wir sind immer dankbar und erkennen auch dies Entgegenkommen an, aber trotzdem wird sich ein königliches Amtsgericht in erster Instanz darüber aussprechen müssen, ob die Straßenpolizeiverfügung nur für Streikposten geschaffen ist. Nur die Schlichte werden in Posen durch die Streikposten der Maurer behindert, ihren Weg, frei gehen zu können, sonst gibt es niemanden, der sich belästigt oder behindert fühlt. Der Streikkommission fiel das Vernehmen einiger Schlichte auf, die häufig auf einen Wink eines Arbeitsgebers Jagd auf Streikende machten. Um nun zu ergründen, für wen die heilige Hermandad im „Staate der gleichen Rechte“ angeheißt ist, pugte sie einen Streikenden als „Arbeitswilligen“ aus, der an einem Sonntag auf dem Zentralbahnhof glücklich zureiste. Er hatte bald die Aufmerksamkeit eines Schutzmans durch seine zur Schau getragene Ortsunkundigkeit auf sich gelenkt und so entwickelte sich folgendes Gespräch: „Sind Sie fremd?“ „Ja.“ „Wollen Sie arbeiten?“ „Ja, ich höre aber, hier sind die Maurer ausgesperrt.“ „Zu nichts, Sie werden beschäftigt und können am Schloßbau sofort anfangen, dort bekommen Sie auch Logis.“ „Ich habe aber auch gehört, daß jeder, der dort arbeiten will, dem polnischen Verbands beitreten muß?“ „Ja, das, allenfalls.“ „Ich bin nun aber Deutscher und komme aus Pilschau?“ „Ach, das macht nichts, später können Sie wieder austreten. Verweilen Sie sich nur hier auf dem Bahnhof, später werden wir Sie fortbringen.“

Später kam ein anderer Schutzmant, der wollte unseren „Arbeitswilligen“ für den Baumeister Mannus anwerben, dort würde jedenfalls der Eintritt in den polnischen Verband nicht Bedingung sein. Als nun zum Schluß der imitierte Streikbrecher mit einem Streikposten sprach und dieser arretiert wurde, verlangte der „Streikbrecher“, als Zeuge mitgehen zu dürfen, da der Streikende ihm nichts getan habe. Nun große Verärgerung, Inhaftierung des „Streikbrechers“ bis zum anderen Morgen. Am anderen Morgen große Vernehmung, Schimpfen und ein Wundern, wie ein solcher „Lump“ einen Schutzmant einen halben Tag an der Nase herumführen kann! Mit dem Hinweis: „Das sollen Sie büßen, das werden wir Ihnen anstreichen“, erfolgte die Entlassung.

Den Vogel hat nun aber der Schutzmant Nr. 142 abgeschossen. Ein 64 Jahre alter Kollege wollte seinen Sohn vom Bahnhof abholen. Nr. 142 stellte fest, daß er Maurer sei, darauf folgte die Verurteilung. Untermwegs, auf dem Wege zur Wache, konnte der Kollege, der ein halbes Jahr an Wismut krank war, nicht mit dem Beamten Schritt halten, darauf wollte dieser ihm die Handfessel anlegen. Der Kollege erludte aber, ihn frei gehen zu lassen. Nr. 142 schimpfte auf sein Opfer: „Faulenzer“, „Sausack“ und andere „Eckstichungen“. Der Arrestant verbat sich solche Behandlung und als Gratisbeilage hieß Nr. 142 seinem Opfer ins Gesicht. Nach einigen Stunden unfreiwilligen Aufenthaltes in der Arrestzelle erfolgte unter Schimpfworten die Freilassung. Auf dem Wege des Disziplinarverfahrens soll Nr. 142 abgestellt werden. (V)

Unser Gewährsmann gibt in seinen weiteren Ausführungen der Polizei den Rat, die Sorgfalt, die sie auf die Streikenden verwendet, der Kontrolle der Nahrungsmittel zuzuwenden, damit nicht wieder, wie es kürzlich in einer polener Molkerei geschehen sein soll, schwarze Käse zu Käse verarbeitet würden. Man sieht also, daß der polener Maurer selbst bei einem solchen Vorgehen der Polizei der Humor nicht ausgeht. Das ist in einer Hinsicht sehr gut und auch erklärlich, denn im Grunde genommen sind wir es ja, denen die Früchte der polizeilichen Tätigkeit zufallen. Aber immerhin, das zeigen uns diese Vorkommnisse in maßlos aufreizender Deutlichkeit: Der Arbeiter ist vogelfrei! Das ist die Freiheit und die Kultur des Deutschums!

Gau-Stettin. Auf der Insel Rügen herrscht in diesem Jahre eine kleine Bauunruhe. Einzelne Unternehmer gehen bedeutend über den tariflichen Lohn hinaus, um Leute zu erhalten. Um so mehr ist zu bedauern, daß eine ganze Reihe Kollegen den Tarif nicht streng erfüllen. Ueberstreiten der zehnjährigen Arbeitszeit, Lohnzahlung in längeren wie wöchentlichen Raten, Stillkneipen bei hundertmaligen Logis ist an der Tagesordnung. Nicht alles geht auf Konto der Müßiggänger. Kollegen, die Maurer, die von Unternehmern anderer Bezirke auf die Insel geholt werden, leisten für Wortloß so manche Uebertunde. Sie arbeiten auch eine halbe, ja eine ganze Stunde täglich länger, damit der arme Gutsherr nur ja die Tagelöhner voll ausnutzen kann, wenn diese bei den Mauern als Hilfsarbeiter gefehlt werden. Diese könnten sonst vermehrt werden und bei Bauarbeit schließlich auch nur zehn Stunden arbeiten wollen. Etwas sind die Kollegen durch frühere Kommissionen verwöhnt worden. Bei jeder Kleinigkeit waren sie zum „Erzelen“ bereit. Auch die jegliche erfüllt ihre Pflicht. Sie ist aber der Meinung, daß an der Hand eines Vertrages zunächst jedes Mitglied selbst für Innehaltung desselben eintritt. Erst, wenn das nichts fruchtet, habe die Kommission einzuschreiten. Abgesehen von der Befähigungsklausel bietet der Vertrag nur Gutes. Mit der Klausel ist fertig zu werden, wenn sich niemand seines gesetzlichen Rechtes, andere zum Beitritt zur Organisation zu bewegen, begibt. Sollten Weiterungen entstehen, so muß die Schlichtungskommission entscheiden. Der Hinweis auf die inneren Angelegenheiten an

dieser Stelle geschieht wegen des schärfsten Veranlassungsbedarfs. Hoffentlich lesen es die Lesigen.

In Demmin wollte der Bürgermeister Entlassung einer Einigung befehlen. Es bestand Aussicht auf Zugeständnisse. Wie die Verhandlung der von den Unternehmern freilich angezeigten Aussperrung gedacht ist, zeigen folgende Schriftstücke:

I.

Demmin, den 5. Mai 1906.

Magistrat der Stadt Demmin.

G. Nr. 176/5.

Anliegend überende ich Ihnen eine Abschrift der Erklärung des Herrn Zimmermeister Köpke mit dem Ersuchen um Beantwortung bis Montag Nachmittag 5 Uhr.

Ich habe mich leider selbst davon überzeugt, daß es nur Ihrer ablehnenden Antwort noch bedarf, um sofort italienische Maurer nach hier zu berufen. Mein Rat kann in letzter Stunde nur dahin gehen, die Abmachungen zu vollziehen, da ja nach den eigenen Erklärungen die wenigen Streikpunkte keinen praktischen Wert haben.

R. Ritter.

II.

Demmin, den 5. Mai 1906.

Es erscheint Herr Zimmermeister Köpke von hier.

Derselbe erklärt:

Am nochmals auf eine gütliche Einigung hinzuwirken, bitte ich, dem Vorstand der Arbeitervereine mitzuteilen, daß in acht Tagen Italiener eintreffen, wenn die Abmachungen nicht vollzogen sind.

Den Beschäftigten müssen wir bis Montag Abend acht Uhr haben.

R. g. u.

gez. R. Köpke.

R. w. o.

gez. Ritter.

Die hierauf von uns verlangte mündliche Verhandlung fand am 7. Mai 1906, Abends 8 Uhr statt. Wir forderten als Entgelt für die Wochen Aussperrung Zulieferung der zehnjährigen Arbeitszeit und dementsprechender Lohnerhöhung. Die Unternehmer verlangten die Anerkennung des bisher herrschenden Tarifs. Da die Unternehmer in verlässlicher Weise hieran festhielten, so muß man ihnen schon den Willen lassen, diesen Sommer pommerische Katenhäuser und „Schulpaläste“ mit Italienern zu bauen.

In Pötk mußte der Streik beendet werden. Im Anfang waren 14 Mann festgehalten. Nach und nach ließen noch 14 zu ihren Häusern, so daß nur 12 Getreue festhielten. Der Lohn ist von 80 auf 82 1/2 pro Stunde erhöht. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit wurde Abstand genommen werden.

Im Lohnbezirk P. a. w. a. f. a. g. n. d. s. d. n. i. s. t. der Arbeitgeberverband seit 1905 tapu. Herr C. A. Schmidt in Lüdnitz will für seinen Arbeitsbezirk mit den in seinem Geschäft tätigen einen zweijährigen Vertrag abschließen. Lohn: 1906 bis 1. März 1907: 87 1/2 A, von da bis 1. März 1908: 88 1/2 A. Im Bezirk über zwei Meilen 40 bzw. 41 A pro Stunde. Den Grundlag: „Lohnzeit gilt als geleistete Arbeitszeit“ erkennt Schmidt an. Die Arbeitszeit soll dementsprechend von 6-6 1/2 Uhr sein. Den Kollegen des Bezirks Jagnd soll — sobald sie bei Schmidt in Arbeit stehen — das Reservatrecht eingeräumt werden, mit Ausnahme des Sonntags, bis 7 Uhr Abends zu arbeiten. Nur wenn infolge einer Petition ein früherer Zug von Jagnd nach P. a. w. a. f. a. g. n. d. s. d. n. i. s. t. eingelegt wird, soll die Zeit von 6-6 1/2 Uhr auch für diese Kollegen gelten. Die Kollegen vom Bezirk Jagnd bestärken C. A. Schmidt. Eine Verhandlung konnte nicht erzielt werden, und so kam es nicht zum Abschluß.

Die Kollegen in Stralsund verzichteten 1905 zunächst auf die Durchführung ihrer Forderung. Dann streikten die Bauarbeiter, die Maurer kamen in Mitleidenschaft und wurden ausgesperrt. Die ursprüngliche Forderung von 45 A wurde nun geltend gemacht. Die Arbeitsgelegenheit war nicht günstig. Im Laufe der 18 Wochen fanden sich mit Polieren an 84 Streikbrecher. Bedingungslos wurde dem Streik ein Ende gemacht, nachdem die „Befähigungsklausel“ wiederholt abgelehnt war. Im Oktober wollten die Meister verhandeln. Dies lehnten wir ab, weil die Klausel bleiben sollte. In diesem Frühjahr wurde erneut eine Forderung eingereicht. Wieder kamen die Unternehmer mit der „Befähigung“. Am zweiten Oktober erschienen drei von ihnen in unserer Versammlung und erklärten: „Meier den Lohn werden wir einig, nehmt erst die Klausel an.“

Am 14. April wurde der Streik beschlossen, nachdem man vergebens auf eine Sinnesänderung der Unternehmer einen Tag lang gehofft hatte. Unter Verzicht auf die Klausel bewilligten Bahls & Lange, Heidenreich, Kneebusch, Stred und Albrecht, so daß am 11. Mai 73 Kollegen zu neuen Bedingungen in Arbeit traten. Die Zahl der Streikbrecher stieg auf 40. Unternehmern geworden, der von der Mite auf gebiet, ist jetzt ganz Herr geworden. Er schickte zunächst seine Bauarbeiter zu den „Girchen“, den Meistern in der Not. Für diese ist das gesunde Flehen ohne Maurer ungenügend. Doch Ausreden gibt es immer. Unsere ablehnende Haltung legen sie so aus: die Streikenden wollen nicht mit Unorganisierten zusammenarbeiten, diese wollen dem „Fachverband“ nicht beitreten, folglich muß „Stirma“ für sich helfen“. Tatsache ist: sämtliche „Arbeitswillige“ waren schon einmal Mitglieder unserer Organisation. Wegen Nichtzahlung von Beihilfen sind diese teils vor 1905, teils 1906 im Streik ausgeschlossen worden. Trotzdem hat sich niemand gewagt, mit diesen zusammenzuarbeiten. Aber durch glückliche Bestimmungen sollte uns durch Vertrag das Recht der Ueberredung befristet werden. Am 1. Mai d. J. ist dann der „große Wurf“ gelungen. Unten 3. Mai 1906 schreibt der „Straßburger Anzeiger“:

Ortsverband der Girchen & Dunderden Gewerkschaft. Der Ortsverband hielt gestern Abend im Saale des „Schloßbrauhaus“ seine gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Kuischger, eröffnete die Versammlung um 9 Uhr, indem er die Erschienenen begrüßte und für ihr zahlreiches Erscheinen dankte. Nach Verlesung des Protokolls und Zurückstellung des Rosenbergschritt kam zum dritten Punkt: Besprechung des hiesigen Maurerstreiks, eventuell Gründung eines Ortsvereins der Bauhandwerker derselben. Das Referat zu diesem Punkt hatte Herr Neid übernommen, welcher kurz den vorjährigen und diesjährigen Streik beleuchtete. Neider führte aus, daß nach 18wöchigen Streik die Arbeit im Vorjahre ja bedingungslos wieder aufgenommen worden sei. Damit war jedoch der Streik noch nicht aufgehoben, sondern nur aufgehoben, um nun mit erneuten Kräften wieder auf-

genommen zu werden. Nun erklärte Redner den Unterschied zwischen dem Gewerkschafts- und dem Bauhandwerker-Verbanden und kam schließlich zu der Frage: „Was wird die Folge dieses Streiks sein?“ Da sich auch die Arbeiter zu einem Verbande zusammengegeschlossen haben, so ist die Antwort in der Auspersung der Arbeiter zu finden; es wurde als Beispiel der Streik der Bauhandwerker in Polen angeführt, auch sollen sich bereits eine Anzahl italienischer Maurer nach hier unterwegs befinden, um die hier bereits angefangenen Bauten weiterzuführen. Nachdem hierauf Flugblätter an die zu diesem Punkte recht zahlreich erschienenen Maurer und sonstigen Bauhandwerker verteilt worden waren, ergriß Mitglied Bräder das Wort und sagte unter anderem, daß es dringend notwendig sei, hier einen Ortsverein der Bauhandwerker ins Leben zu rufen; man schritt hierauf zur Konstituierung dieses neuen Vereins, dem eine statische Anzahl als Mitglieder beitrug. In den provisorischen Vorstand wurde Herr Bauunternehmer Joseph als Vorsitzender und Herr Techniker Fröhlich als Schrift- und Kassensführer gewählt. — Im Anschluß hieran hatte auch der Gewerkschaft der deutschen Kaufleute (H.-D.), Ortsgruppe Straßburg, der durch den Vorstand vertreten war, seinen Beitritt zum Ortsverband in Aussicht gestellt. Der vierte Punkt der Tagesordnung: „Antrag auf Abhaltung eines Sommerfestes“, wurde mit Einstimmigkeit angenommen, es wird sich die nächste Versammlung näher damit befassen. Unter „Geschäftliches“ berichtete Herr Bräder über den vor zwei Jahren hierorts gegründeten Konsumverein, welcher seinerzeit von Wohnung und Postkammer gegründet, in die Hände der Gegner, der Sozialdemokraten, überging. Redner betonte, daß es jetzt dem Gewerksverein gelungen sei, als Fortschrittler bis auf einen nach schweren Kämpfen durch seine Mitglieder zu besetzen. Hiermit habe sich wieder einmal bewiesen, daß die Gegner nicht die Macht besitzen, uns mit Stumpf und Stiel auszuwischen, sondern daß wir siegen können, daß wir trotz ihres Bulleisens nicht nur da sind, sondern auch ausdauernder Widerstand leisten. Da hiermit die umfangreiche Tagesordnung erschöpft war, fand gegen 11 Uhr der Schluß der Versammlung statt.

Der Schluß mit seinem Hinweis auf den Konsumverein zeigt die wahre Absicht der „Gründe“. Warum man hat den Vorstehenden des Arbeitgeberverbandes zum Vorsitzenden der neuen Organisation gemacht hat, ist bei ihrer Behauptung der Harmonie einfach unverständlich. Am 7. Mai hat man nun gar nur Maurer und Bauarbeiter in den Vorstand gewählt. Herr Sozialist Herr Emil Schneider-Magdeburg war als Geschäftsführer anwesend und meinte in seinem Referat: Die Maurer hätten — ebenso wie die Zimmerer — mit der bewilligten Zulage zufrieden sein können und von den sonst erhobenen Forderungen hätten sie Abstand nehmen müssen. Daß die Gewerkschaft es nicht getan haben, beweist wieder einmal, daß es ihnen mehr um Erlangung und Verhinderung ihrer Macht als um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu tun war. So ganz nebenbei erklärt er: „Auch die Meister sind nicht ganz frei von Schuld zu sprechen.“ Nicht viel verprechend ist der Schluß: „Sollte eine Organisation der deutschen Gewerksvereine hier mit zu verhandeln gehabt, der Streik wäre wahrscheinlich vermieden worden.“ Wie die Verhandlungen wollen, wenn die Unternehmer diktieren und nicht verhandeln, ist ein Rätsel. Neu ist, daß ohne diese wirtschaftliche Vorteile erreicht werden können, ohne dabei zu betteln.

Unternehmer Döring in Straßburg (N.-M.) hat bezeugt. Henschel in Straßburg will jetzt an die Reihe. Es scheint, als ob beide Konjunkturwunder ausführen. Das Herrenhausmitglied Graf Kurim in Reimsund läßt durch Henschel Arbeiten in Gasse und Redde ausführen. Dieser Gabe hat sich gebühert: „Auf seinen Gärten werden keine Organisationsbestände.“ Der Inspektor schneidet die Baubünde durch und findet unser Frachtpfad. Der Kollege wird entlassen, ein zweiter geht mit. Drei Unorganisierte aus Notwendigkeit bleiben auf Redde. Henschel erklärt, sein Reife — Henschel in Reimsund, bekannt durch sein Verhalten von 1905 — würde ihm jodeln „Christlich“ sein, wie er für die Arbeiten des Mannes gebraucht. Der Erprieher Dr. Stephan habe ihm ebenfalls Reute versprochen. Dr. Stephan ist im Gegenfall von früheren Briefen ein tüchtiger Geschäftsmann, der sich den jüngst angenommenen Toleranzantrag auf seine Weise auslegt. Er sammelt Gaben für Erweiterung der Kapelle in Straßburg. Unter Hinweis auf die Schlichterfunktion verleiht er an Geschäftskreise, Protestanten, Katholiken und Juden in unabweisbarer Weise hingewiesen wird. Wenn es diesem gewandten Herrn nicht gelungen ist — mit der weissen Wäsche — aus einige Mitglieder katholischen Glaubens abzuholen, so ist nicht anzunehmen, daß diese so aus der Welt schlagen, daß sie ihren Arbeitsbrüder in den Mäden fallen. Winter und Pflanzzeit der Arbeit, um unsere Organisation zu treiben. Nach den Zahlen aber einmal der Pflanzzeit nicht, dann wird — wie in Moskau — ein Massenaustritt aus der Landesstraße in Szene gesetzt. Wenn das Konfessionen eintritt, heuchelt der Gutsitzer Unschuld. Man will die Maurer niederdrücken, um der Arbeiterbewegung einen lebensfähigen Halt zu nehmen. Die neue Bauartigkeit und das Abwenden guter Kräfte begünstigt dies.

Gau Oden. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Oden hat es schwer; nicht nur, daß er den Kampf gegen den Zentralverband zu führen hat, sondern er steht sich auch veranlagt, gegen seine besten Mitarbeiter, die Italiener, vom Oden zu gehen. Auch diese haben es ihm angetan: Nun soll gegen sie vorgegangen werden. In einem Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes wird darüber gesagt, daß die Italiener, so gezeigt haben, daß sie abgeschlossene Verträge nicht einhalten. So auch in Schneidemühl, wo man sie für den ganzen Sommer verpflichtet hatte. Dort seien sie verträglich geworden und hätten die Unternehmer in die größte Verlegenheit gebracht. Dieser Gesellschaft müßte das ausgetrieben werden, heißt es dann in dem Rundschreiben weiter. Es wird an die Unternehmer appelliert, daß sie verträglich Italiener nicht beschäftigen. Auch zu diesem Kampfe wünschen wir dem Arbeitgeberverband den besten Erfolg. Am besten läßt sich dies durchführen, wenn man die beschriebenen Forderungen der heimischen Maurer bewilligt und die Italiener in ihrem Heimatlande läßt.

Die Unternehmer in Goldap wollen ihr Glück zur Abwechslung auch einmal mit Italienern versuchen; und haben sich so dieser Götze des Schicksals kommen lassen. Um aber die Goldapler Kollegen recht ihre zu machen, haben sie schwache

Arten verbannt, worin die streikenden Kollegen alle namentlich aufgeführt sind. Die Unternehmer anderer Orte werden darin ersucht, diese nicht zu beschäftigen. Eine moralische Pflicht haben sie sich von den Oden-Unternehmern geholt, indem diese die Kollegen trotzdem einstellen und beschäftigen, sie möchten die 42 $\frac{1}{2}$ nur bewilligen, in Oden sagte man schon 45 $\frac{1}{2}$. Die Kollegen sind anderweitig in Arbeit und guten Mutes und gönnen den Unternehmern die Italiener vom Oden. Auch die Goldapler Unternehmer werden sich an den Italienern den Schnipfen holen.

Vor drei Jahren herrschte in Oden noch die 45 $\frac{1}{2}$ bis zwölfstündige Arbeitszeit und ein Tagelohn nach Belieben der Unternehmer. Im vorigen Jahre gelang es den Kollegen durch ihre Einmütigkeit, die zehnstündige Arbeitszeit und 40 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zu erhalten. In diesem Jahre haben die Unternehmer wiederum Zugeständnisse machen müssen. Es ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach neben anderen Verbesserungen der Lohn für zwei Jahre auf 45 $\frac{1}{2}$ und für Überlandarbeit auf 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde festgelegt ist. Die Organisation ist hier außerordentlich, obwohl den Kollegen kein Recht zu Veranlassungen zur Verfügung steht. Mögen sich die Kollegen anderer Orte, die da meinen, ohne Veranlassung könne die Organisation nicht bestehen, Oden zum Vorbild nehmen, dann werden Oden und Unternehmer bald einsehen, daß die Sozialisterei nutzlos ist.

In Memel sind die Unternehmer eifrig auf der Suche nach Arbeitskräften; jedoch ist es ihnen bis jetzt noch nicht gelungen, welche zu erhalten. Es wird ihnen auch weiter nichts übrig bleiben, als die Forderungen der Kollegen zu bewilligen. Da in Memel ein allgemeiner Streik der Maurer noch etwas neues ist, so sind denn auch die ganzen Spieler in Aufregung und können nicht genug über die faulen Maurer schlampfen, die in dieser schönen Zeit nicht arbeiten wollen. Die Sozialisten der Unternehmer im Memeler Dampfbohr lassen fast täglich einen Schimpfartikel über den fribolen Maurerstreik vom Stapel, es wäre auch dem wüßigen Papier eine zu große Ehre angolan. Die Kollegen sind jedoch zu der Einsicht gekommen, daß sie eine Unterlassungshilfe begangen haben, indem sie dies Blatt bis jetzt noch abonniert hatten; sie sind jetzt flüger geworden und haben es abbestellt; dafür bestellen sie sich die „Ruhigberger Volkszeitung“. Die Stimmung der Kollegen ist eine vorzügliche. Die Unternehmer können noch recht lange warten, wenn sie glauben, die Kollegen würden zu Kreuze kriechen.

In Osterode sind die Kollegen von den Unternehmern zu einer Unterhandlung aufgefordert worden; an der auch der Kollege Grünhagen aus Danzig als Vertreter des Gewerksverbandes teilnahm. Zu einer Einigung kam es jedoch nicht. Der Unternehmer Wirth hatte die Streik, den Streikenden noch eine Lohnvermehrung angeboten, indem er vorschlug, in Zukunft drei festabgegrenzte Lohnklassen einzuführen. Die erste Klasse sollte 40 $\frac{1}{2}$, die zweite 37 $\frac{1}{2}$, die dritte 35 $\frac{1}{2}$ Lohn pro Stunde bekommen. Die Forderung der Kollegen geht bekanntlich auf 42 $\frac{1}{2}$ Lohn und 10 $\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit. Außerdem wird die achtstündige Lohnzahlung gefordert, während die Unternehmer die 14stündige beibehalten wollen. Angesichts eines solchen Anbittens der Unternehmer kann man sich denken, wie die Verhandlung verlief. Zwischen ihnen und dem Kollegen Grünhagen kam es zu einem scharfen Zusammenstoß. Wie die Unternehmer sagen, haben sie sich besonders über den „Grundstein“ aufgeregt, der sie als „Wurden“ bezeichnet hat. Wenn das den Unternehmern nicht paßt, so mögen sie zunächst ihr Teil dazu beitragen, daß die fortwährenden unflätigen Beschimpfungen der Arbeiterschaft in der „Arbeitgeber-Zeitung“ aufhören. Die (H.-D.) „Arbeit“ der sogenannten „Mittelklasse“, ein gewisser Reichtum, glaubte sich berufen, die Lohnkommission zu schimpfen. Mit dem Wuchsen kann vielleicht auch einmal abgerechnet werden. Als die Unternehmer läßen, daß ihre armen Leute nicht den Stellen nicht anführen, gedachten sie ihre Zukunft zu sichern und hier zu nehmen, um damit die Kommission zu „bedrängen“. Sie mögen sich nur merken, organisiert Arbeiter lassen sich nicht zu Verleumdungen laufen. Wir kämpfen weiter und haben alle Chancen des Erfolges für uns, wenn uns die Kollegen außerhalb in der Fernhaltung des Zuges unterstützen.

Gau Berlin. In Forst waren die Maurer zwei Tage durch den Bauarbeiterstreik in Mitleidschaft gezogen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes teilte auf die von uns eingereichte Forderung mit, daß nach dem Beschluß des Bezirks-Arbeitgeberverbandes für die Bauarbeiter der Lohn für Forst auf 40 $\frac{1}{2}$ für dieses Jahr festgelegt sei; dieser Beschluß sei für die maßgebend, deshalb könnten sie sich auch auf Verhandlungen über die gestellten Forderungen nicht einlassen. Die am 10. dieses Monats abgehaltene Versammlung beschloß daraufhin, nun ebenfalls die Arbeit einzustellen. Einige Unternehmer, die dem Arbeitgeberbunde nicht angeschlossen sind, haben die Forderung bewilligt.

Die Lohnbewegung in Elsterwerda ist beendet. In dieser Woche ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach bis zum 31. März dieses Jahres 34 $\frac{1}{2}$ und dann bis zum 31. März 1908 36 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt werden. Die Arbeitszeit ist von 11 auf 10 Stunden verläßt.

Die Verhandlungen in Finsterwalde haben zu keinem Resultat geführt. Voraussichtlich werden die dortigen Kollegen in dieser Woche in die Bewegung eintreten. In Freienwalde sind die Maurer durch den Bauarbeiterstreik in Mitleidschaft gezogen.

In Fürstentum wollen die Unternehmer vom 1. Oktober 1908 an die zehnstündige Arbeitszeit und 52 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn bewilligen. Was darin sollen die alten Lohn- und die zehnstündige Arbeitszeit bestehen bleiben. Dies Angebot ist abgelehnt worden, weil die Kollegen der Meinung sind, daß die volle Forderung zu erlangen ist. Zwei Unternehmer haben bereits bewilligt.

Auch in Wülfersberg a. d. E. hat der Unternehmer Jentich den Vertrag mit 30 $\frac{1}{2}$ für 1908 und 32 $\frac{1}{2}$ für 1907 unterschrieben; im Streit befinden sich die Kollegen noch bei zwei Unternehmern.

Die Verhandlungen in Trebitz haben zur Abschließung eines Vertrages geführt; zwei kleine Unternehmer weigern sich, diesem Vertrage beizutreten. Dort ist die Arbeit eingestellt.

Wie bereits gemeldet, fand am 8. Mai vor dem Einigungsamt in Posen eine Verhandlung statt. Ob sich auch der Vorsitzende die erforderliche Mühe, Einigungs-Verhandlungen einzuleiten, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes erklärte immer wieder in beispiellos arroganter, probier- und provozierender Art: „Die bewilligen nicht und sehen noch heute wie vor der Auspersung fest zu unserer Forderung, daß der alte Vertrag unverändert auf weitere zwei Jahre von den Organisationen der Arbeiter anerkannt wird.“ Wenn wir heute eine Forderung der Maurer bewilligen würden, so würden wir ja anerkennen, daß die Auspersung in friboler Weise vorgenommen sei. Die Verhandlung war deshalb auf einen Nulpunkt gekommen. Nachdem auch die Vertreter der Maurer den Herren keinen Zweifel gelassen, daß unter diesem Umstände der Kampf bis aufs Äußerste geführt werden würde, mußte die Verhandlung mit negativem Resultat abgebrochen werden.

Nun ist aber aller Welt bekannt, daß in den Reihen des Arbeitgeberverbandes manche wacklige Säule vorhanden ist, trotzdem der Vorsitzende Kraftmann erklärte, die Mitglieder seien einmütig der Ansicht, daß den Stellen nicht bewilligt werden sollte. Der Herr scheint ein Talent zu sein, und es dürfte nicht wundernehmen, wenn er in kürzester Zeit seinen Arbeitgeberverband auseinander organisiert hat. Bald nach der Verhandlung haben die Herren beschlossen, die Auspersung aufzugeben und zum 14. Mai die Arbeitsstellen zu öffnen. Damit glaubten die „Schlauberger“, einen besonders gelungenen Schachzug zu tun. Sie kalkulierten jedenfalls so, daß nun alle Leute, die nicht die Absicht hatten, sich an einem Streik zu beteiligen, und solche, die jetzt nach sechsstündiger Auspersung lieber mit den Unternehmern Frieden haben möchten, nun nach den Bauten laufen würden. Weiter hoffen sie, daß nun, nachdem die Nachricht von der Aufhebung der Auspersung in alle Winde telegraphiert wurde, der Zug von fremden und arbeitswilligen Maurern leichter zu beschaffen sein würde. Zweitens wird die Aufhebung der Auspersung erfolgt sein, um den unzufriedenen Mitgliedern im Arbeitgeberverbande die Möglichkeit zu geben, einen leichteren Uebergang zur Verständigung mit den Arbeitern zu finden. Doch mögen die Unternehmer beachtlichen, was sie wollen, die Ausgesperrten haben am 12. Mai mit erfreulicher Einmütigkeit beschlossen, nicht nach den geöffneten Bauten zurückzukehren, sondern nun in den Streik einzutreten und die Erfüllung ihrer Forderungen zu verlangen. Es ist dies auch der einzig richtige Weg, diese Proben zu vernünftiger und anständiger Verhandlung der Arbeiter zu ergeben.

Auch in Wittenberge ist eine durch den Bürgermeister eingeleitete Verhandlung vollständig resultatlos verlaufen. Hier ist wohl das Ansehen der Herren vom Arbeitgeberverbande in der Form föhlich und anständig, aber in der Sache sind sie ebenso rüchlos und den Wünschen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter gegenüber konsequent ablehnend. Eine schwache Bauartigkeit und eine große Anzahl sehr befähigter Lehrlinge macht ihnen diesen Standpunkt leicht. Doch ist zu hoffen, daß unsere gute Organisation, verbunden mit aller Ausdauer der Kämpfenden, auch diese Herren nach einiger Zeit bewegen wird, eine andere Haltung einzunehmen.

Gau Magdeburg. In Gommern haben die Maurer und Zimmerer den Unternehmern die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 $\frac{1}{2}$ und für das nächste Jahr auf 42 $\frac{1}{2}$ unterbreitet.

In Neuburg haben im Laufe der Woche Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, ein Resultat ist noch nicht erzielt.

In Sangerhausen sind die Maurer und Zimmerer am 11. Mai in den Streik eingetreten. Die Unternehmern glauben, die Kollegen hinhalten zu können, indem sie eine Aussprache auf acht Tage verschieben wollten. Die Arbeitseinstellung ist vollständig, da auch die Poliere mitmachen. Sollten die Kollegen weiter fest zusammen, so sind ihnen die geforderten 5 $\frac{1}{2}$ Lohnvermehrung sicher.

In Schönebeck ist die Bewegung erledigt. In einer am 11. Mai stattgefundenen Verhandlung verpflichteten sich die Unternehmer protokolllarisch, für dies Jahr 42 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1907 an 45 $\frac{1}{2}$ zu zahlen. Die Kollegen stimmten dann in der Verhandlung diesem Angebot mit 55 gegen 41 Stimmen zu. Die im Vertraggebiet Magdeburg arbeitenden Kollegen enthielten sich der Abstimmung.

Die Zimmerer streiken, ist es nicht ausgeschlossen, daß dennoch unsere Kollegen in Mitleidschaft gezogen werden. In Staßfurt in Industriegebiet dürfte es im Laufe der nächsten Tage zu Verhandlungen kommen. Die Unternehmer des Stadtgebietes haben am 11. Mai zur Forderung Stellung genommen; die Antwort dürfte insofern schon beim Zweigvereinsvorstand eingegangen sein.

In Halle haben die Unternehmer 2 $\frac{1}{2}$ Lohnvermehrung bewilligt. Die Kollegen sind mit diesem Zugeständnis natürlich nicht befriedigt.

In Wanzleben ist die Bewegung durch den Abschluß eines Vertrages auf der Grundlage des 35 $\frac{1}{2}$ Stundenlohnes erledigt.

Gau Dresden. In Pulitz stand der Streik außerordentlich glänzend. Die landlichen Arbeiter, die unbedingt in vier Wochen fertig sein mußten, lagen vollständig still. Am Dienstag fand noch eine Versammlung der Streikenden statt, in der die Stimmung noch gut und hoffnungsfreudig war. Aber schon am anderen Morgen mußte man die Erfahrung machen, daß auf den vier dringendsten Bauten die Maurer geschlossen und einmütig die Arbeit wieder aufgenommen hatten. Diese Ausföllen waren nicht zu bewegen, die Arbeit wieder niederzuliegen. Der Meister hatte ihnen gesagt und ein Schriftstück vorgelegt, daß seitens der Unternehmer ein Entgegenkommen vorliegt, das seitens der Arbeiter ein Entgegenkommen nach zu erwarten sei. Ja, da hat es doch seinen Zweck, noch zu streiken, meinten die braven Maurer. Ihr könnt machen was ihr wollt, wir können nicht wieder auf, besam die Kommission zur Antwort. Nun, es wird garnicht lange dauern, dann werden sich die Fröchte solchen Sanktions zeigen; vielleicht kommen dann die Kollegen zur Einsicht, daß großen Fehler sie begangen haben. — In Rattibors ist der Stand des Streiks glänzend, die Kollegen haben die feste Absicht, ihre Forderung durchzuführen, was ihnen auch sehr

Christlich organisierten Berufskollegen gegenüber schuldig gemacht haben sollen, in marktschreierischer Manier aufzukaufen, um sie dann zu unsittlichen Anwürfen gegen den Zentralverband zu benutzen. Der „Grundstein“ hat des Öfteren betont, daß er vorwiegend Terrorismus, das heißt Androhung oder Anwendung von Gewalt, wie auch das Außerachtlassen anderer organisierter Arbeiter, streng verurteilt. Solche Fälle haben wir auch niemals berichtet, obgleich wir oft genug in der Lage gewesen wären, sie durch den bemerkenswerten Charakter und die noch bemerkenswertere Handlungsweise der davon betroffenen christlichen „Opferlämmer“ zu erklären, ja mehr als zu erklären: zu rechtfertigen. Wir können wenigstens den Esel verstehen, der die Kollegen packt, wenn sie mit Subjekten arbeiten sollen, die schließlich die eigenen Kollegen an die Polizei verraten, wenn diese durch die Anpreisung der Verhältnisse geizig sind, im Verschwiegene ihre Organisationsgeschäfte zu erledigen. Auch noch andere Umstände lassen sich denken, die dies rechtfertigen. Man braucht sich noch gar nicht auf das Recht der Wiedervergeltung zu berufen. Der Terrorismus, der tagtäglich gegen unsere Kollegen geübt wird, die unter schwierigen Verhältnissen die unabhängige Arbeiterorganisation vertreten, ist viel schlimmer und viel allgemeiner, als man in der Regel annimmt. Nur haben wir nie viel Aufhebens davon gemacht, weil wir die gehässigen Anfeindungen von allen Seiten längst gewöhnt sind, und weil sie ja in der Regel gerade das Gegenteil von dem bewirken, was sie bewirken sollen. Würden wir jeden einzelnen Fall registrieren, jede Nummer unseres Blattes würde etliche bringen können. Daß dabei auch die so „arg“ verfolgte christliche Gewerkschaftsunfähigkeit schlecht wegkäme, ist bombastischer. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ brachte neulich einmal eine ganze Liste schamloser Vergewaltigungen, wo die „christlichen Snappen“, im lieblichen Bunde mit der Ortsgeistlichkeit, den Behörden und dem stets hilfsbereiten bürgerlichen Publikum freigezwangene Arbeiter brutal tyrannisiert haben. Auch wir wollen einmal einen solchen Fall schildern, den wir so aufs Geratewohl aus einem Wust ähnlicher Zuschriften herausgreifen. Die Zuschrift lautet:

Hier in Gnesen, dem Stammsitz der Christlichen, war es durch den Mangel bisher unmöglich, dem Fanatismus, der sich christlich nennenden Maurer wirksam zu beugen. Diese haben bisher alles aufgegeben, um das Aufkommen des Zentralverbandes zu vereiteln. In den Organisationen bei den Unternehmern und im Streiken von Lokalen haben sie großartige geleistet. Neuerdings war es unserem Mitgliede Sigmund Piechodi möglich, nachdem er einige Monate als Fabrikarbeiter gearbeitet hatte, Arbeit als Maurer zu bekommen. Auf dem Arbeitsplatze und an anderen Orten verteilte er nun die im Frühjahr erschienenen Flugblätter, worauf dann die Christlichen dafür sorgten, daß er aus der Arbeit entlassen wurde. Am 24. April bekam sein Vater, Johann Piechodi, Arbeit in Rostkowo h. Gnesen. Nach zweieinhalbständiger Tätigkeit bekam P. seine Entlassung vom Polier mit der Weisung: „Ich kann Zehntwegen nicht alle aufhören lassen, die übrigen wollen mit Ihnen nicht arbeiten.“ — Am 27. April war es Piechodi abermals vergönnt, Arbeit beim Unternehmer Zielinski in Gnesen zu bekommen. Zum Frühstück hörten darauf fünf Maurer des christlichen Verbandes auf, und zu Mittag drohten die übrigen 7 Maurer, ebenfalls aufhören zu wollen, wenn P. nicht entlassen würde. Der Unternehmer sah sich veranlaßt, Piechodi zu entlassen, um seinen Bau nicht liegen zu lassen. Also nach 5½ Stunden lag P., der vordem lange Zeit krank gewesen war, wieder auf der Straße. Diese „christliche“ Unschuld, die sich in der Mittagsstunde die genügende Kraft aus der Alkoholische geholt hatte, bedrohte auch zum Beweise ihrer Stärke Piechodi tödlich, so daß er sich in einen Laden flüchten mußte. P. ist schon des Öfteren bedroht und des Abends angefallen worden.

Soweit die Zuschrift, die allerlei merkwürdige Schlüsse auf das Christentum dieser Ueberbreiten zuläßt. Der Grundfals, dem von allen Kulturmenschen geschuldet wird, daß man das Alter ehren soll, hat bei unseren Gelben keinen Kurs, sonst wäre ihnen das wohl ein der Scham ähnliches Gefühl aufgefliegen, als sie einen so alten Mann, wie den alten Piechodi, zweimal aus der Arbeit jagten und ihn noch obenrein mißhandelten. Wo bleibt da die sittlich und moralisch veredelnde Kraft der Christentums, die zum eisernen Bestande der Zentrumsphrasologie gehört?

Abenberg. Sonntag, den 29. April, sollte hier eine große christliche Bauhandwerkerversammlung stattfinden, zu deren Besuch durch Aufschlagsplakate eingeladen war. Um 10 Uhr reist ein ganzes Haus zu erzielen, hätte sich sogar der Herr Präses der Christlichen dazu bereitgestellt, vor der Versammlung noch extra Handzettel zu verteilen. Die Versammlung war aus sehr gut besucht; aber die Mehrzahl davon gehörte dem Zentralverband der Maurer Deutschlands an, während von den Christen ganze sieben Männer da waren, als unsere Kollegen den Saal betraten. Um 1½ Uhr wurde die Versammlung von einem Herrn Sealer eröffnet, der dem christlichen Referenten, einem Herrn Riedel, sofort das Wort erteilte. Hiermit war jedoch die Majorität der Versammlung nicht einverstanden, sondern

verlangte energisch die Vornahme einer Bureauwahl. Wohl aber mußten sich die „Christen“ schließlich hierzu bequemen. Für den christlichen Vorstehen wurden 27 Stimmen abgegeben, während auf den Vorstehen unseres Zweigvereins 70 Stimmen entfielen. Somit war der christliche Vorstehen frei. Der Herr Riedel erklärte, er habe den Saal gemietet und sei infolgedessen im Besitz des Hausrechts; er würde jeden, der sich ungebührlich betragen, wegen Hausfriedensbruchs anzeigen und bestrafen lassen. Im übrigen, meinte der Herr Riedel, sollten wir ihnen doch den ersten Vorschlag überlassen, wir müßten zur Genüge darauf hin, daß der „noble“ Herr Referent die Absicht hatte, mit Lügen und Verdrehungen über die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften herzugehen. Er unter dem Vorwand eines Zentralverbändlers nicht in dem gewöhnlichen Maße gelingen werde. Daher sein Vorschlag mit dem Strafgericht. Auch ein noch ganz junger Herr vom Namen Wohinger verurteilte noch seine Weisheit an den Mann zu bringen. Es wurde ihm aber bedeutet, er solle lieber gerade als trümmte Steine fassen, anstatt sich auf Agitationen zu begeben, zumal er in Abenberg sei kein Feld für seine Tätigkeit. Als die Christlichen nun haben, daß sie nichts ausrichten konnten, verließen sie das Lokal. Daß in Abenberg kein Feld für christliche Agitatoren ist, hat diese Versammlung wieder bewiesen. Die freie Gewerkschaft zählt zur Zeit 80 Mitglieder und der sozialdemokratische Verein gewinnt immer mehr Mitglieder. Es geht also auch hier vorwärts.

Glinz a. Rh. Hier der am 8. Mai abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins erhaltene der Vorstehen zunächst des Vorstandsbericht. Zwei Sperren über Filialenlagerechts wurden zu Gunsten der Kollegen erledigt. Die Sektion der Yuger benutzte den letzten Geschäftstag zur Arbeit der Zwischenmeister. Einige Unternehmer, die die Arbeiterbewegung an die Yuger direkt. Die Kosten dieser Bewegung sind von der Zweigvereins resp. Sektionskasse getragen worden, so daß der Hauptkasse keine Ausgaben entstanden sind. Gegen einige Kollegen ist Anzeige wegen Hausfriedensbruchs erhoben worden. Der Kassenericht vom ersten Quartal ergab folgendes: Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betrug M. 6141,70; die M. 7181,82, die Ausgabe M. 8747,56. Der Markterverkauf erhöhte sich im ersten Quartal gegen das erste Quartal 1905 von 6455 auf 11041; von den in Frage kommenden 20 Zahlstellen hatten 17 einen Mehrverkauf von Marken. Die Zahlstellen der Maurer in Glinz allein 1953, Rippes 758, Ehrenfeld 455, Koll 353, Sülz 227; die anderen 12 Zahlstellen blieben hinter diesen Zahlen zurück. Drei Zahlstellen hatten einen Mehrverkauf gegen das Vorjahr aufzuweisen. Hierauf erfolgte die Verteilung der Kollegen, die dem Zweigverein noch Geld schulden. Es waren dieses die Kollegen Fr. Polachowski, J. Ritsch, Fr. Grund, W. Jünkersfeld, P. Wölter, J. Schliebs und J. Rischmann. Es wurden hierauf folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Für erkrankte Mitglieder, die noch nicht krankengeldbezugsberechtigt sind, werden während dieser Zeit die Beiträge aus den Mitteln des Zweigvereins zugesandt. 2. Die Angehörigen des Zweigvereins sind in Zukunft nicht mehr in einer einheitlichen Generalversammlung zu wählen, sondern die Wahl ist in den einzelnen Zahlstellen durch eine Wahlkommission vorzunehmen. 3. Hülfsschlichter, denen Beitragsmarken abgehoben bekommen sind, werden sofort und solange von ihren Posten entbunden, bis die Angelegenheit geregelt ist. 4. Die Angehörigen haben am Gewerkegericht nur noch Klagen zu vertreten von Kollegen, die abweisen oder die deutschen Sprache nicht mächtig sind.

(F. Glinz a. Rh.) Es ist endlich an der Zeit, das Verhalten der „Christlichen“ innerhalb unseres Bundes dem Urteile unserer Kollegen im Saal zu unterbreiten. Beim Tarifabschluß im Jahre 1904 war in Glinz kein Plattenleger „christlich“ organisiert. Bei der Firma Kolling gingen später zwei dieser Brüder an. Es wäre unseren Kollegen leicht gewesen, sie dort hinauszuwerfen. Einmal auf Veranstaltung unserer Kollegen zwei Streikbrecher Freitagabend machen mußten, hatten auch die beiden „Christlichen“ ihr Geschäft schon zusammengepackt und fragten, ob auch sie aufhören müßten. Wir waren aber so anständig, sie in Ruhe zu lassen. Waren wir nun der Meinung, daß sie zum Dank für unsere Toleranz das, was wir erzwungen und im Tarif festgelegt hatten, mit verteilten würden, so hatten wir uns sehr geirrt. Bald ward es uns klar, daß die „christliche“ Organisation nicht der Ehrliebe wegen sich zu pflegen. Nicht um das Erzeugnis festzuhalten und weiter auszubauen, sondern um alles rückwärts zu revidieren. Unter deren Mitgliedern befinden sich diverse Streikbrecher, ferner einige, die bei uns wegen Schulden gefristet wurden und endlich, um das Sprichwort, daß sie gleich und gleich gern gefalle, wahr zu machen, solche, die das Zuchtband bereits von innen kennen lernen und zwar, weil es für „Christen“ sehr schwer sein soll, Wein und Wein zu unterbreiten. Wie die Mitglieder, so der Vorstehen. Dieser Herr hat es sich zum idealen Prinzip gemacht, das, was die Plattenleger Glinz durch jahrelange Kämpfe, zum Teil durch Streiks, erreicht haben, wieder illusorisch zu machen. Das Schwimmlerthum hatten wir abgehandelt, das Material muß an Ort und Stelle gebracht werden. Was kümmert aber das den Herrn Böhm. Er will ja seine Sektion „groß“ machen, und das kann man nicht dadurch, daß man den Schlichen der Unternehmer entgegenarbeitet, daß man sein Teil dazu beiträgt, um den im Oktober ablaufenden Tarif besser zu gestalten, sondern dazu muß man die „Freien“ bekämpfen, und weil das nicht mit christlichen Mitteln geht, so macht man es eben anders. Man schmückt sich bei den Unternehmern an, bereitet und schleift sich das Material selber heran, ja, nicht genug damit, man nimmt den Herren die Säge für das Material ganz ab und besorgt es sich selber. Dadurch werden unsere Kollegen, die auf ihren Vertrag bestehen, mißbilligt und sind denn auch nach und nach aus dem Geschäft Kolling hinausgeworfen worden, demselben Geschäft, wo von unserer Seite Toleranz gelbt wurde! Terrorismus

ist eine solche Handlungsweise nicht, aber Hallinterien sind es, gegen die sich ein christlicher Mensch nicht wehren kann, wenigstens nicht mit Mitteln, die das Strafgesetz erlaubt. Hoffentlich werden diese Jellen dazu beitragen, den wenigen ehrlichen Kollegen in der christlichen Organisation die Augen zu öffnen über ihre Führer, deren einzige Waffe der Arbeiterverrat ist. Es sei noch bemerkt, daß der Unternehmer unseren Kollegen sagte, wenn sie sich in den christlichen Verband aufnehmen ließen, hätten sie immer Arbeit und brauchen nicht aufzuhören. Ob er dies aus „Christentum“ oder aus dem Streben nach willigen und billigen Arbeitskräften tat, braucht wohl nicht noch besonders erläutert zu werden. Die Christen handeln getreu der Parole, die bei der Gründung ihrer Organisationen ausgesprochen wurde: Nicht gegen die Unternehmer, sondern gegen die Sozialdemokratie, nicht zum Arbeiterkampf und Wehr, sondern zur Niederknappung der freien Bewegung und zum Schutze des Heiligen, was es auf Erden gibt, des Kapitals! Wir wollen noch betonen, daß es Stotting wie kein anderer versteht, bei dem Plattenhandel ein gutes Geschäft zu machen, und zwar unter Praktiken, die nicht bei jedem Geschäftsmann als einwandfrei gelten. Aber das gehört zum „praktischen Christentum“.

Dillenburg. Nachdem hier die Gründung eines Zweigvereins perfekt geworden, haben wir den Unternehmern Anfragen auf Verbesserung unserer Arbeitsbedingungen gehen lassen. Wir fordern die zehnstündige Arbeitszeit mit Jännerhaltung der feierlichen zweitägigen Pausen, sowie Festsetzung eines Minimallohnes von 45 p. pro Stunde. Die Durchführung bauseigener Schlichtungsbestimmungen ist in unserem Antrage ebenfalls enthalten. Die „Christlichen“ sind ebenfalls mit der Gründung eines Vereins vorgegangen und haben dafür neun Mitglieder gewonnen, während unser Zweigverein 25 Mitglieder zählt. Wenn die Unternehmer unsere Forderungen nicht gutwillig genehmigen oder sich mit uns einigen, woran wohl kaum zu denken ist, wird es wohl zum Streik kommen. Wir hoffen, daß uns alle Kollegen unterstützen werden, indem sie für die Stärkung unseres Vereins eintreten und zahlreich in die Versammlungen kommen. Unser Vereinslokal befindet sich bei Herrn Hoppenus am Oberort in Dillenburg.

Röhrsdorf. Unsere Kollegen beschloßen in einer am 8. April abgehaltenen Versammlung, den Unternehmern die Forderung zu unterbreiten, den seit dem 1. Mai 1904 üblichen Stundenlohn von 45 p. auf 60 p. zu erhöhen. Diese Forderung wurde am 17. April den Unternehmern eingehändigt. Es fanden darauf zwei Sitzungen der Lohnkommission mit den Unternehmern statt. In der ersten machten die Unternehmer das Anerbieten, vom 1. Januar 1907 ab 60 p. pro Stunde zu zahlen, während die Lohnkommission empfahl, vom 1. Juni ab 48 p. und vom 1. Januar ab 60 p. zu zahlen. In der zweiten gemeinschaftlichen Sitzung erboten sich die Unternehmer, vom 1. Oktober d. J. ab 60 p. zu zahlen. Eine am Sonntag, den 22. April, abgehaltene Versammlung beschloß darauf, die Unternehmer davon zu benachrichtigen, daß die Lohnkommission beauftragt sei, nur auf folgender Grundlage zu unterhandeln: 1. Der Lohn beträgt vom 1. Juni ab 48 p. und vom 1. Oktober ab 60 p. 2. Sonntags ist um 6½ Uhr feierabend. In der am 28. April abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung kam dann folgendes Uebereinkommen zu Stande: 1. Der Lohn beträgt vom 1. August 1906 ab 48 p. und vom 1. Oktober ab 60 p. Außerdem wurden die Forderungen betreffs Wobuden, Aborte, rechtzeitige Lohnzahlung anerkannt. Eine am selben Tage nach der Sitzung abgehaltene Versammlung akzeptierte nach der Vertretung durch den Kollegen Neben das getroffene Uebereinkommen. Es wurde aber beschlossen, über die Wauten des Unternehmers Kopie die Sperre zu verhängen, weil er noch zwei Kollegen den rückständigen Lohn schuldet. Da der Unternehmer hierauf seinen Verpflichtungen nachkam, so ist auch diese Angelegenheit als geregelt zu betrachten.

Röhrsdorf i. Pr. Daß allzu scharf schartig macht, haben auch die Käufer und Konsumen erfahren müssen. Bekanntlich hatten es sich diese Herren in den Kopf gesetzt, dem verhassten Zentralverband den Garaus zu machen; es sollten nur Maurer beschäftigt werden, die dem Streikbrecherverband angehörten. Die Unternehmer glaubten, das ohne große Schwierigkeiten durchführen zu können. Was die Schärfermaße hier an Terrorismus und gemeiner Raubweise geleistet haben, geht auf keine Anzahl an und steht wohl einzig in Deutschland da. Die Sache ist aber doch anders gekommen, als es sich die Herren dachten. Verschiedene Unternehmer sind durch die „Wanderhorden“, die sie beschäftigten, deart mitgenommen worden, daß sie bankrott gemacht haben. Verschiedene andere Unternehmer wollten daselbe Schicksal nicht teilen und haben darum dem Arbeitgeberverband Valet gesagt, bevor es ihnen ebenso erging. Der treu gebliebene Rest der Lauffergasse sucht ziemlich viel „Christliche“ (lies dumme) Maurer, diese finden sich jedoch so spärlich ein, daß die Unternehmer in eine schwierige Situation geraten sind und mit ihren Arbeiten nicht weiter kommen, obwohl sie aus Angst vor dem Zentralverband schon viele Bauten haben liegen. Jetzt, nachdem sie im Schwindel sind, suchen sie denn auch schon entgegen dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes, Kollegen aus dem Zentralverband zu erhalten; diese bekennen sich aber dafür, den Unternehmern jetzt aus der Klemme zu helfen. „Wie ist es ja ganz egal, in welchem Verband sie sind“, beteuern sie fast täglich, sobald sie mit Kollegen zusammenkommen; unsere Kollegen werden aber nicht früher bei ihnen in Arbeit treten, bevor sich der Arbeitgeberverband mit dem Zentralverband abgefunden hat. Nach ein anderer Faktor wirkt zum Leidwesen der Schärfermaße in der gleichen Richtung. Die leidige Konkurrenz der Kleinunternehmer, die sie sich vom Hals zu schaffen trachteten, lebt lustig weiter. Dadurch, daß diese Unternehmer vernünftigerweise den Rang der Herren nicht mitmachen, haben sie sich selbst genügend und gute Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, infolgedessen haben sich deren Geschäfte sehr günstig entwickelt, sie haben heute sogar die meiste Arbeit. Aus diesem erhellenden Flakto werden auch Käufer und seine Krabanten einsehen müssen, daß es besser ist, sich mit dem Zentralverband abzugeben. In dem vollständig zurückgebliebenen Städtchen Röhrsdorf war es uns gelungen, einzubringen; es hatten sich

18 Kollegen unserem Verbands angeschloffen. Es besteht dort noch die zwölf- bis dreizehnhundert Arbeitszeit, außerdem werden Massenlöhne von 25-30 % gezahlt. In Neuhof bei Heilsberg hatte sich nun ein Wirt bereit erklärt, sein Lokal zu Versammlungen herzugeben; jedoch der Wirt denkt und der Gendarm lenkt. Am Sonntag, den 6. Mai, sollte eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der die Kollege Krille sprechen sollte. Als die Versammlung begann, krachte, worauf der Amtsvorsteher mit 4 Gendarmen erschienen. Nun erklärte der Wirt, er könne seinen Saal jetzt nicht mehr geben. Was der Amtsvorsteher und die Gendarmen mit ihm gesprochen, wissen wir nicht, können es uns aber leicht denken; erklärte doch die Frau des Wirtes: „Es tut uns sehr leid, aber die Herren Gendarmen sind so sehr dagegen.“ Das nennt man in jeder Stadt. Auch in Heilsberg werden sich die Kollegen damit abfinden müssen und um so eifriger ihre Organisation ausbauen; denn Grund genug haben sie dazu.

St. Johann. Samstag, den 5. Mai, hielt der hiesige Zweigverein seine ziemlich gut besuchte Generalversammlung ab. Zunächst berichtete der Kassierer den Kassenbericht vom ersten Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug M. 256,75, die Ausgabe M. 208,50. Die Einnahme der Nebenkasse betrug inklusive Kassenbestand M. 175,99, die Ausgabe M. 92,18. Die Restposten waren trotz Einzahlung zum Berichtsstichtagen nicht erschienen, was sehr gerügt wurde. Sodann wurde nach einem kurzen Referat des Vorsitzenden einstimmig beschlossen, vom 1. Juni d. J. ab 5 % Kalkulationszuschlag zu erheben und eine 55-3-Markte bei Wegfall der übrigen Marken zu heben. Den Kalkulationszuschlag resp. Kalkulationszuschlag soll eine Entschädigung von 3 % pro verkaufter Marke, in den beitragsfreien Monaten 3 % pro Woche und Mitglied aus der Kalkulation gezahlt werden. Die Kapitaleinnahme der Mitglieder hatte die Wahl eines dritten Kalkulationsrechters resp. Kalkulationsrechters nötig gemacht. Es wurde als solcher der Kollege Jakob gewählt. Eine lebhafte Debatte entspann sich bei der Besprechung der Einzahlung des Kassierers. Es wurde festgestellt, daß bei den Unternehmern Albert Gräfe, Georg Schmidt, Hild und Fehrmann & Co. (an einer Bankstelle) die tariflich festgesetzte Arbeitszeit nicht eingehalten wird, indem des Samstags nicht, wie im Tarif festgesetzt, neun Stunden, sondern zehn und mehr gearbeitet wird, und daß hier die Kollegen betreffs der Arbeitszeit der Willkür der Kollege preisgegeben sind. Die Mitglieder der Schlichtungskommission wurden beauftragt, diesbezügliche Beschwerden einzulegen. Zum Schluß wies der Vorsitzende noch auf die am 27. Juni stattfindende Reichstagswahl hin. Nachdem er das Verhalten aller bürgerlichen Parteien im Reichstagswahltag zu den Arbeiter- und Kollegen hatte neuem passieren lassen und die Behauptung des seitigen Vertreters des Wahlkreises bei der Beratung des Zukunfts, nämlich, daß es im Westen keine Klassenpolitik gäbe, kritisch beleuchtet und nachgewiesen hatte, daß dies bei der Auswertung am eigenen Leibe verpöblich hätten, forderte er alle Anwesenden auf, sich regt an den Vorarbeiten und Flugblattverbreitungen zu beteiligen, damit der Sieg an die Hände der einzigen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, gehen könne. Nach Aufnahme von fünf Mitgliedern erfolgte um 11½ Uhr Schluß der schon verlaufenen Versammlung.

Mühlhausen i. Cst. Sonnabend, den 23. April, tagte hier eine Versammlung der Maurer- und Bauführer. Als Referent war Kollege Fischer aus Mannheim anwesend. In seinem Vortrag machte er den Kollegen klar, daß ein Durchschnittslohn von 88 % pro Stunde zu niedrig sei, zumal in Colmar ein Stundenlohn von 42 % für Maurer und 30 bis 82 % für Bauführer gezahlt wird. Ferner komme in Betracht, daß auch an den hiesigen Bauten ein höherer Lohn gezahlt wird als an den Privatbauten. Er erklärte den Maurern an den Hochbauten 45 bis 50 % pro Stunde und an Tiefbauten 53 bis 70 %. Es sei deshalb notwendig, auch den Lohn bei den Unternehmern in die Höhe zu bringen, da es einem Familienvater mit zwei bis drei Kindern nicht möglich sei, bei den jetzigen niedrigen Löhnen existieren zu können. Nachdem Redner dann noch den mangelhaften Bauarbeiterlohn besprochen hatte, forderte er zum Eintritt in den Verband auf. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen.

München. Sonntag, den 29. April, fand hier in der „Alhambra“ die regelmäßige Quartalsversammlung statt. Aus dem Kassenbericht des Kollegen Schäfer ergibt sich eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M. 6498,05. Die Nebenkasse hatte M. 11.548,50 Einnahme (einschließlich des Bestandes vom vierten Quartal 1905) und M. 2969,84 Ausgabe, Kassenbestand M. 8578,66, wovon M. 8300 in der hiesigen Sparte angelegt sind. In der Bureaufrage wurde es der hierzu gewählten Kommission überlassen, weitere geeignete Maßnahmen ausfindig zu machen, indem die Lage des in Vorlage gebrachten Bureaus für unsere Organisation ungünstig ist. Hierauf referierte Herr Landtagsabgeordneter Herr Franz Schmitt über: Die deutsche Arbeiterbewegung und der 1. Mai. Referent schilderte die Ungünstigkeit der heutigen Arbeiterlöhne, kritisierte die Bemühungen der Unternehmer, die bestehenden Forderungen der Arbeiter niederzulegen, und wies demgegenüber hin auf die Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch den neuen Zolltarif und die Schaffung weiterer neuer Steuern. Leider sei ein großer Teil der Arbeiterkraft selbst Schuld an diesen mißlichen Verhältnissen. Redner berührte auch die politische und wirtschaftliche Lage im Reich, kritisierte scharf die Vorgänge anlässlich der Arbeitslosen demonstration in München im vergangenen Jahre, sowie die Provokationen der Polizei im Breslau. Man ersehe hier ganz genau, daß Polizei und Militär den letzten Rettungsanker der Unternehmer bilden. Eine scharfe Kritik übte Redner weiter auf die heutigen Arbeiterlohnverhältnisse; er wies ferner auf die Notwendigkeit der Aufklärung hin und forderte auf, durch die Forderung des 1. Mai, soweit möglich durch vollständige Arbeitsruhe, gegen alle schändlichen Gesetze, gegen den Bittwucher und gegen neue Steuern, zu protestieren. „Auch wir wollen einmal wie gleichberechtigte Menschen behandelt und bezahlt werden.“ Die treffendsten Ausführungen des Referenten ernteten reichen Beifall. Hierauf machte Kollege Schäfer

die Mitteilung, daß die Lohnbewegung in Planegg noch nicht beendet sei. Die Unternehmer seien hartpöblich als zuvor. Auch die hiesigen Geschäftsleute zeigten ein unfreundliches Benehmen gegen die streikenden und ausgebezahlten Kollegen. Er schloß sich den Ausführungen des Referenten an und ersuchte die Kollegen, am 1. Mai die Arbeit vollständig ruhen zu lassen. Redner schlug für diesen Tag einen gemeinsamen Ausflug nach Planegg vor, um unseren im Kampfe stehenden Kollegen unsere Sympathie zu beweisen. Es wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai zu feiern. Nach Aufforderung seitens eines Kollegen und eines Genossen, sich auch politisch zu organisieren und die Arbeiterpresse, die „Münchener Post“ zu abonnieren, schloß Kollege Gräfe die musterhaft verlaufene Versammlung.

— Über den Ausflug nach Planegg ist zu berichten: Eine große Demonstration zu Gunsten der im Kampfe stehenden Planegger Maurer machte Dienstag, den 1. Mai, die Münchener Kollegen. Nachmittags 2 Uhr waren im Gasthaus „Zur Post“ in Pfaffing circa 600 Kollegen, teils mit Frauen, versammelt, die sich alle an dem Spaziergang im Birkwald und nach Planegg beteiligten. Zu gleicher Zeit wurden an die Einwohnerschaft von Planegg und Umgebung Flugblätter verteilt, worin sie über den prologischen Herrenhaushalt der Unternehmer aufgeklärt und ersucht wurden, den Streikenden nichts in den Weg zu legen. Mit unserem Musikkorps an der Spitze zogen wir zum Vereinsgarten, woselbst wir uns trotz des kühlen Wetters in der anregendsten Weise unterhielten, um dann Abends in vollster Ruhe und Ordnung nach München zurückzufahren. Goffen wir, daß diese Demonstration zum Siege unserer Planegger Kollegen beiträgt.

Nordhausen. Die am 8. Mai abgehaltene Versammlung beschäftigte sich außer mit der Lohnfrage noch mit der Frage, über die Kollege Richter Bericht erstattete. Die Meister hatten es frei gestellt: wer den 1. Mai feiern wollte, könne feiern, ohne daß eine Maßregelung stattfände. Bei fast allen Unternehmern wurde am 1. Mai gefeiert; es waren 5 pzt. mehr als im vorigen Jahre. Im vorigen Jahre beschloß die Generalversammlung, daß die Arbeitsarbeit für Nordhausen verboten sei. Dies Verbot wurde von den Handgehilfen von Steigerthal und Großwehding nicht beachtet; sie schlossen mit ihren Unternehmern ganz einfach Arbeitsverträge ab. Als ihnen aber der Boden zu heiß wurde, beschloß sie, ihre Kollegen durch die Hülfskette zu verlinken, sie erhielten statt 38 % 43 % Lohn, und was sie dann mehr puzten, sollten sie besonders bezahlt erhalten. Sie erhielten ihren Lohn in zwei Raten. Vom Vorstande wurde dann dem Unternehmer ein Schreiben ausgestellt, daß die Kollegen bloß 38 % pro Stunde bekämen. Der Maurer Gottlieb Werler, der früher Mitglied des Verbandes war und der hiesige Nordhausen vor einigen Jahren großen Schaden verursachte, hatte nun die Gelegenheit und meldete sich, daß er dem Verbands wieder beitreten möchte. Nach einer regen Debatte wurde seine Aufnahme bejaht; selbstverständlich hat er außer dem statutenmäßigen Eintrittsgeld noch eine besondere Buße zu zahlen. Die Versammlung beschloß ferner, am Montag, den 14. Mai, Abends 6 Uhr, im Lokale „Stadt Berlin“ eine öffentliche Maurerverammlung abzuhalten, die über den Bericht der Meister Bericht lassen soll.

Salzwedel. Die Sonntag, den 6. Mai, abgehaltene Mitgliederversammlung war mittelmäßig besucht. Zunächst wurden zwei Mitglieder zum wiederholten Male aufgenommen. Der Vorsitzende verlas die Namen der Kollegen, die bei dem Begräbnis des Kollegen Hermann Danke feierten. Es wurde beschlossen, daß die Kollegen, die während der Beerdigung in der Stadt gearbeitet haben und auch von dem Begräbnis in Kenntnis gesetzt waren, eine Buße von M. 1 zu entrichten haben; die Kollegen, die in einem Umkreis von einer Stunde von der Stadt entfernt arbeiten, sind von der Buße befreit. Ferner wurde beschlossen, daß der Vorstand ein Buch zu führen hat, worin die Namen der Kollegen, die bei einer Beerdigung ohne Entschuldigung ausbleiben, zu vermerken und in jeder Monatsversammlung zu verlesen sind. Haben diese Kollegen die Buße innerhalb eines Vierteljahres nicht entrichtet, so werden sie aus dem Verband ausgeschlossen. Nach unserem heutigen Versammlungsbeschlusse wird die Strafe für fehlende Kollegen auf M. 2 festgesetzt. Befreit von der Buße sind natürlich die Kollegen, die sich vorher beim Vorstande melden, daß sie wegen bringender Verhältnisse nicht kommen können, und die, die in einem Umkreis von einer Stunde von der Stadt entfernt arbeiten. Um Redereien zu vermeiden, wurde den Kollegen ein Herz gelegt, dafür zu sorgen, daß etwaige Sterbefälle sofort dem Vorstande gemeldet werden, so daß der Vorstand noch genügend Zeit hat, die Kolporteurs zur Benachrichtigung der Mitglieder in Bewegung zu setzen. In diesem Falle bekommt jeder Kolporteur M. 1 Entschädigung. Die rückständigen Kollegen waren per Postkarte zu dieser Versammlung eingeladen worden. Da einige davon nicht erschienen waren, wurden sie wegen Schulden gestrichen. Als Entschädigung für die Vorstandsbefugnisse wurde M. 1 bewilligt für jede Sitzung. Ein Antrag, dem Kassierer Mantogelber zu bewilligen, wurde abgelehnt. Dem Vorstand wurde anheimgegeben, sich mit dem Wirt von der „Union“ in Verbindung zu setzen wegen der Feier unseres Stiftungsfestes, das am 4. bis 11. oder am 18. August gefeiert werden soll. Da hier Arbeitsmangel herrscht, so daß sich viele verheiratete Kollegen außerhalb der Stadt Arbeit suchen müssen, so werden die zureisenden Kollegen ersucht, sich, ehe sie hier Arbeit annehmen, beim Vorstande zu melden.

Sonneberg i. Th. Sonntag, den 29. April, hielt der hiesige Zweigverein seine erste Wanderversammlung in Wilsleben ab. Der erste Punkt der Tagesordnung: „Wahl eines Kassierers“, wurde schnell erledigt, indem der Kollege Heymann erklärte, den Posten weiter beibehalten zu wollen. Das Verhalten der Kollegen im Martinischen Gewässer, die noch immer elf Stunden arbeiten, obgleich der zweite Vorsteher des Zweigvereins dort als Kolporteur tätig ist, gab zu einer längeren Debatte Anlaß. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu wählen, die bei Martin vorstellig werden soll, um ihn zum zeitnützigen Arbeitszeit zu bewegen. Die Kommission hat ihren Auftrag gleich

nach Schluß der Versammlung ausgeführt. Der Unternehmer hat sich bereit erklärt, nicht mehr länger als zehn Stunden täglich arbeiten zu lassen. Er hat sein Wort auch gehalten, wovon die Vorsteher, Kollege Gräfe, überzeugt hat. Somit haben wir durch unser Zusammenhalten wieder einen schönen Erfolg erzielt. In dem Maurermeister Wille ist uns ein tüchtiger Agitator entstanden, indem dieser Unternehmer am letzten Sonntag erklärt hat, er würde den unorganisierten Maurern nur noch einen Stundenlohn von 80 bis 84 % zahlen, während die Verbandsgesellen 40 % erhalten. Die Folge davon ist gewesen, daß sich mehrere Kollegen aus diesem Geschäft zur Aufnahme meldeten. Die nächste Versammlung findet in Sonneberg statt.

St. Johann. Am 8. Mai tagte im Kaiserhof eine sehr gut besuchte öffentliche Maurerverammlung, in der der Vorstandende Kollege Horter aus Mannheim über das Thema: „Wie können die Maurer ihre Lage verbessern?“ referierte. Der ebenso sachliche wie begeisterte Vortrag schilderte die Erzeugnisse, die die Maurer anderwärts durch den Zusammenschluß in der Organisation erreicht haben, und zeigte dann die Notwendigkeit, auch hier Hand zur Besserung anzulegen. Niedrige Löhne und ein- und zwölftägige Arbeitszeit befänden auch hier noch. Ebenso blühe auch das System der Massenlöhne. Um dies alles zu beseitigen, gäbe es für die Kollegen kein anderes Mittel, als sich einmütig der Organisation anzuschließen, denn nur dann könne dieses Ziel erreicht werden. Was in anderen Orten möglich gewesen sei, müsse auch hier möglich sein. Die Organisation habe sich hier schon so weit gebildet, daß wir es wagen könnten, eine Forderung aufzustellen und sie den Unternehmern zu unterbreiten. Selbstverständlich würden wir versuchen, sie in friedlicher Weise durchzuführen, sollten die Unternehmer aber prohenhaft sein, dann mühten wir auch vor einem Kampf nicht zurückzusehen. Alle Kollegen mußten deshalb in den nächsten Tagen eine ruhige Agitation entfalten und versuchen, den letzten Maurer der Organisation zuzuführen; dann seien wir in der Lage, Verbesserungen zu erreichen. In der Diskussion ergab sich das Einverständnis mit dem Referenten, aber auch die allgemeine Ansicht, daß man den Zeitpunkt zur Einreichung der Forderung nicht mehr so lange hinausziehen dürfe; denn jetzt sei die günstigste Zeit. Der anwesende Beamte der christlichen Organisation gab in kurzen Worten seine Meinung dahin Ausdruck, daß die Löhne im Saargebiet nicht mehr ausreichend seien und dringend einer Verbesserung bedürften. Der eingegangene Antrag: „Der Zweigvereinsvorstand wird beauftragt, sich morgen mit den Leitern des christlichen Verbandes in Verbindung zu setzen zwecks Aufstellung einer gemeinsamen Lohnforderung.“ In der nächsten Woche muß dann eine weitere Versammlung einberufen werden, in der die Forderungen besprochen und endgültig aufgestellt werden“, wurde darauf gegen eine Stimme angenommen, und nach einer nochmaligen Ermahnung an die Kollegen, in der Agitation Thätigkeit zu leisten, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Betralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 6. bis 12. Mai sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Grumbach M. 500, Hamburg 350, Wilmersdorf 300, Bernau (Markt) 250, Werder a. d. Havel 200, Saarmund 200, St. Vithersfeld 200, Düsseldorf 150, Schwedt 100, Forst i. b. Lausitz 100. Summa M. 2350.

Zufußschreiben: Weiskene M. 800, Kummich 200, Heilsbrunn 150, Leipzig 100, Eppendorf 50, Eppelheim 50, Wierstadt 50. Summa M. 910.

Mittheilung, den 12. Mai 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilmersdorf 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Unfälle, mit kurzer Aufzählung der Umstände und der überprüften Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Besonders über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Brandenburg. Am 6. Mai bedrängte infolge Umfalleins einer Stiege unter Kollege Otto Julide; er zog sich einen Schädelbruch zu.

Görlitz. Dienstag, den 8. Mai, Vormittags 11½ Uhr, brach auf dem Neubau des Baumeisters Kötschke in Neu-Debernitz beim Ausbau eines Schornsteins das Gerüst zusammen, wobei der Kollege Friedrich Lehmann in den Hof stürzte und von nachstürzenden Pfosten getroffen wurde; er erlitt schwere Verletzungen am rechten Bein und wurde mit dem Steinbogen in seine Wohnung transportiert. Ein anderer Kollege konnte sich durch einen Sprung nach Innen retten. Unglücksursache waren die Dachziegel, die schon eingegangen, sonst wäre der Sturz bloß bis auf den Oberboden erfolgt. Die Wundstangen waren beide nahe bei ihrer Auflage glatt abgebrochen.

Galle a. d. Saale. Mittwoch, den 9. Mai, stürzte ein Neubau in der Jakobstraße ein und begrub drei Arbeiter unter seinen Trümmern. Einer war sofort tot, zwei trugen schwere Verletzungen davon. Ueber die Entstehung des Unglücks wird von sachverständiger Seite mitgeteilt, daß die Ursache des Unglücks in der fehlerhaften Baumanlage zu suchen ist. Der Unternehmer Rüttig, der zugleich Biegeleibhaber ist, hatte, jedenfalls um zu sparen, den Bau (Stallgebäude) im Verhältnis zu den Nebenbauten nicht genügend tief gelegt, so daß er keinen Halt hatte, wenigstens solange nicht, bis der andere, taumelnde angesehene Bau eine gewisse Höhe erreicht hatte. Die Geschichte kam dann ins Aussehen und begrub die in der Mittagsstunde Markt haltenden

den Arbeiter der nebenan gelegenen Baustelle. Wäre das Unglück eine Stunde später geschehen, so wären alle dort beschäftigten Arbeiter, die in diesem Falle glücklicherweise Rettung fanden, mit begraben und vielleicht getötet worden. Der Unternehmer hätte sich übrigens derselben, dem vor etwa drei Jahren auf dem Grundstück Jakobstraße 25 unter ähnlichen Begleiterscheinungen ein Bau einbrach.

Königsplatz. Obgleich keine sogenannten Schanzenböden mehr zu Gerüsten verwendet werden sollen, ist es üblich, alle Arbeiten auf solchen Gerüsten ausführen zu lassen. Kürzlich stürzte nun ein solches Gerüst am Gasthof „Zum Erbgericht“ zusammen und begrub zwei Maurer unter seinen Trümmern. Schwer verletzt wurden die Verunglückten in ihre Wohnungen geschafft. Der Unternehmer heißt Karl Böhmhardt.

Kaufstraße d. Saardt. Freitag, den 4. Mai, kurz vor Feierabend, stürzte am Bau des Unternehmers Neumann in der Landauerstraße der Maurer Michael Waldbmann von der dritten Etage herunter und zog sich solche Verletzungen zu, daß er in derselben Nacht noch starb. Ein zweiter Maurer, der mit Waldbmann auf dem Gerüst arbeitete, verlor sich dabei am Arm. Der Unfall ist auf mangelhaftes Gerüst zurückzuführen.

* **Einem schönen und haltbaren Terrazzo**, sei es nun als Fußboden, Wandbekleidung, Treppentritte usw., herzustellen, ist nicht leicht. Mancher Kollege, der sonst alle Kunstgriffe und -nisse des Handwerks kennt, scheitert hieran, und doch wird diese Arbeit dort, wo die Arbeitsteilung noch nicht streng durchgeführt ist, sehr oft von den Maurern verlangt. Gewiß, ein Gemengel von Zement und Schotter bringt schließlich jeder fertig, aber ob es nachher den gestellten Anforderungen entspricht, ist eine andere Frage. Die Herstellung von Terrazzo ist bei uns noch in erheblichem Maße ein Monopol der Italiener, und manche Bauherren und Unternehmer glauben alten Erzählungen, ein guter Terrazzo könne auch nur von Italienern gemacht werden. Das ist natürlich Wurscht; die deutschen Maurer werden einen ebenso guten Terrazzo herstellen können, wenn sie die „Geheimnisse“ seiner Herstellung kennen. Diese „Geheimnisse“ werden in einer Schrift besprochen, die ein Mann der Praxis, ein Terrazzoarbeiter, augenblicklich herausgibt. Sie betreffen natürlich lediglich in der Kenntnis des Verfahrens, der Kenntnis von den notwendigen Eigenschaften der zu verwendenden Materialien usw. Die Schrift spricht zuerst von der Beschaffenheit der Materialien, Zement, Farbe, Körnung. Sie legt dann dar, wie der Untergrund gehalten sein muß, beschreibt das Mischen des Terrazzos, das Belegen des Frisches, des Fonds und behandelt dann das Verfahren des Schleifens und Polierens. Alles in allem dürfte sie genügen, um jedem Maurer bei der Herstellung von Terrazzoarbeiten als praktische Anleitung zu dienen. Ihr Preis beträgt $\text{M} 2,50$, wenn sie per Nachnahme bezogen wird, bei Kassezahlung des Betrages $\text{M} 2,25$. Zu beziehen ist sie vom Verfasser: K. Lamprecht in Schönebeck a. d. E., Königsstraße 9.

Bauarbeiterverhältnisse in Bayern.

Die bayerischen Fabrikinspektoren haben als erste unter ihren deutschen Kollegen jüngst ihre Jahresberichte für 1905 veröffentlicht und darin auch manche beachtenswerte Mitteilung über die Verhältnisse im Baugewerbe gemacht. Nach der Betriebsstatistik standen folgende Baubetriebe und Arbeiter unter dem gesetzlichen Schutze und unter der Gewerbeinspektion:

Fabrikbetriebe	1905	1904
Betriebe	269	268
Arbeiter	18408	12592
Handwerksbetriebe		
Betriebe	10154	10371
Arbeiter	68492	63390

Die Fabrikbetriebe haben, wie der Vergleich ergibt, im Berichtsjahre eine kleine Vermehrung erfahren, ebenso die Arbeiter; im Handwerk dagegen, auf das die große Mehrzahl der Betriebe und der Arbeiter entfallen, ist die Zahl der ersteren etwas zurückgegangen, die der Arbeiter dagegen gestiegen. Die Gesamtzahl der betriebspflichtigen Betriebe erfährt eine Verminderung um 209, der Arbeiter hingegen eine Vermehrung um 6083. In Mittelfranken allein war eine Zunahme der Bauarbeiter um 2738 zu verzeichnen.

Über die Bautätigkeit wird mehrfach berichtet. In Oberbayern hatten die Aufsichtsbeamten 478 gewerbliche Baugesuche, außerdem noch weitere 105 Konzeptionsgesuche zu erledigen. Die Zahl der Bauarbeiter ist von 18786 in 1904 auf 19877 in 1905 gestiegen. Es erklärt sich diese Zunahme aus der erhöhten Bautätigkeit auf dem Lande, wo durch umfangreichere Fabriken, Kaserne, Kirchen, Villen, Gefängnisse u. a. Bauten erhöhte Arbeitsgelegenheit geschaffen war. In Niederbayern waren sämtliche Baugewerbe sehr frühzeitig rege und bei frohfreier Herbstwitterung bauernd günstig beeinflusst, namentlich waren Ziegeleien und Zementwerke mit Aufträgen überhäuft, so daß in einer erheblichen Anzahl von gewerblichen Anlagen mit Überstunden gearbeitet werden mußte. Der oberpfälzische Gewerbeinspektor berichtet, daß 187 Bau- und 77 Konzeptionsgesuche zu erledigen waren. In Mittelfranken waren 602 Bau- und Konzeptionsgesuche zu erledigen, im Augsburger Aufsichtsbezirk 687 gegen 651 in 1904.

Die **Bautenkontrolle** scheint doch allmählich intensiver ausgeübt zu werden. Im oberbayerischen Bezirk wurden schon gelegentlich der Begutachtung von Neubauten oder baulichen Veränderungen verschiedene Auflagen in Bezug auf Reinheitspflege gemacht; dabei auch Arbeitsräume und Kellergewölbe und Gofunterstellungen beanstandet, die Baupolizeibehörden, bezw. in München die Sozialbaukommission, bezw. Abhilfe in Kenntnis gesetzt. In Niederbayern ergab sich an 33 von 43 beschäftigten Baustellen in 74 Fällen ein Mangel für den Ausgang der oberpfälzischen und Unfallverhütungsvorschriften und der durch diese zur Führung angeordneten Tafeln; in 27 Fällen betrafen die Beanstandungen Mängel an Bordbrettern, Geländern, Gerüsten und Befestigung derselben, an Laufbrettern; in 4 Fällen war keine Aufsichtsperson bestellt. Dem pfälzischen Bericht ist folgendes zu entnehmen: Dem Schutze der Bauhandwerker wurde eine rege Aufmerksamkeit zugewendet

und konnte bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß die bezüglich der oberpfälzischen Vorschriften nimmere bessere Beachtung durch Unternehmer und Arbeiter erfahren. Es wurden im ganzen 59 Bauten gegen 38 im Vorjahr revidiert. Beanstandet wurde das Fehlen von Brustwehren in 29, das von Bordbrettern in 28, von sonstigen Geländern in 19 Fällen. Mangelhafte Abdeckung war 21 mal, schlechte und zu kurze Leitern waren 15 mal, mangelhafte Gerüste 13 mal zu beanstanden. Es fehlten aber waren mangelhaft die Aborte in 14, die Unterflursträume in 17, die Anschläge (oberpfälzische Vorschriften) in 13 Fällen. Das Ueberhandnehmen ohne vorgeschriebene Schutzgerüste, das Steinhanteln auf Leitern, die Aufzüge und sonstige mangelhafte Einrichtungen waren in 18 Fällen zu beanstanden. Wegen Nichtbeachtung einzelner Bestimmungen der oberpfälzischen Vorschriften zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen wurden 8 Unternehmer bestraft. Die oberpfälzische Fabrikinspektion revidierte im Berichtsjahr 19 Bauten, und wurden hierbei 36 Beanstandungen erhoben. Der Vollzug der oberpfälzischen Vorschriften vom 24. Juli 1904, insbesondere die Herstellung eines ordentlichen Aufengerüstes und Unterlagung des Ueberhandmauerwerks betreffend, läßt sehr viel zu wünschen übrig. An wenigen Bauten waren Aufengerüste oder zweckentsprechende Schutzgerüste für die Ueberhandmauernden Arbeiter zu bemerken. Es hat den Anschein, als ob von der alten gefährlichen Methode der Erstellung von Bauten durch Ueberhandmauern nicht abgegangen werden will. Besteres ist deshalb im Aufsichtsbezirk zu allgemein üblich, weil zum großen Teil verputzte Bauten hergestellt werden, welche besonders glatter und ebener Wände nicht bedürfen. Wegen Zumberhandlung gegen obige Vorschriften erfolgte eine Verurteilung in der Höhe von $\text{M} 5,-$. Sommerwetter, diese „Strafe“ wird aber allmählich gewirkt haben. In Oberfranken wurde der Bauarbeiterschutz durch 46 Revisionen von Bauten bestätigt, wobei zweifmal Mängel an Gerüsten, Brustwehren und Geländern, in je 4 Fällen mangelhafter Festholbengel und ungenügender Aufsenfallsräume, in 2 Ueberhandmauern, in 8 Fällen des Ausganges der oberpfälzischen Vorschriften beanstandet wurden. In Mittelfranken ergaben sich bei der Revision von Bauten mitunter Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der Vorschriften der neureformierten Arbeitszeit für Sandsteinarbeiter in Fällen, in welchen die betreffenden Arbeiter sowohl gelernte Steinbauer als Maurer sind und je nach Bedarf, an manchen Tagen mehrmals wechselnd, mit Steinbau- und Maurerarbeiten beschäftigt werden. Wie diese Meinungsverschiedenheiten erledigt wurden, wird nicht gesagt. Wir möchten demgegenüber an die Rechtschaffenheit erinnern, nach der im Zweifelsfalle zu Gunsten des Angestellten entschieden werden soll. Da der Angestellte in der Zustufung, der Arbeiter im Arbeitsverhältnis der Schwächeren ist, so sollte auch hier zu dessen Gunsten die Meinungsverschiedenheit gelöst werden. Die für Bauten vorgeschriebenen Ausgänge fehlten in 6 Fällen. Im übrigen sind folgende Vorschriften in Bezug auf Unfallverhütung unterbreitet. Jedenfalls ist die Abnahme der Bauunfälle auf Fortschritte in den Schutzvorkehrungen und die in den hauptsächlichsten Orten zum Teil strenge Aufsicht zurückzuführen. In Nürnberg findet neben sehr häufigen Bautenkontrollen durch städtische Beamte auch eine eifrigere Bautenkontrolle durch einen Beauftragten der Arbeiterorganisation statt. Aus Unterfranken wird berichtet: Auf Bauten treffen von den obigen 991 Beanstandungen 24, darunter 6 auf Beschaffung von Aufsenfallsräumen, 11 auf Verbesserung und Reinhaltung derselben, 8 auf Aborte, 2 auf Abhaltung von Zugluft und je 1 auf Verhütung schädlicher Dünste (offene Kohlefeuerung) und auf die Kleideraufbewahrung. Aus Augsburg und Schwaben wird berichtet: Zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Arbeiter mußte auch im Berichtsjahr eine Anzahl von Anordnungen getroffen werden. Die Unfälle, die sich beim Hochbau und Tiefbau ereigneten, waren veranlaßt durch Zusammenbruch von Mauern, Gerüsten, Lastrampen in 6, durch Fall von Gerüsten, Balkenlagen, Leitern, Laufbrettern, von Wägen u. in 63, durch Heben und Tragen, Auf- und Abladen von Lasten in 21, beim Fußwerks- und Holzbau in 24, durch Ausgleiten, Stolpern in 22, durch Alm- und Herabfallen von Steinen und anderem Material in 28, an Kranen, Winden und sonstigen Gezeugen in 12, durch Einbindungen von Fremdkörpern ins Auge in 4, durch Verletzung an vorstehenden Nägeln in 7, durch Gebrauch von Handwerkszeug in 14, durch Einatmen giftiger Gase in 1, durch sonstige Ursachen in 30 Fällen. Auf die Wochentage und Tageszeiten verteilen sich die sämtlichen in diesem Aufsichtsbezirk vorgekommenen 1426 Unfälle folgendermaßen:

Zeige	Anzahl der Unfälle	Vormittags	Nachmittags	Nachts
Montag	201	96	96	9
Dienstag	239	138	105	11
Mittwoch	280	108	110	12
Donnerstag	204	79	120	5
Freitag	224	106	108	10
Sonnabend	268	120	128	20
Sonntag	24	12	5	7
Unbestimmt	36	—	—	—

Sonnabend und Dienstag weisen demnach die meisten Unfälle auf; der früher am meisten belastete Montag ist jetzt von den 6 Wochentagen der günstigste. Dem entspricht fast auch die Verteilung der Unfälle auf die verschiedenen Tageszeiten an den Wochentagen, insofern der Vormittag in Betracht kommt, nur der Donnerstag ist noch etwas günstiger als der Montag; bezüglich des Nachmittags ist jedoch der Montag wieder am günstigsten und der Sonnabend am ungünstigsten; letzterer auch bezüglich der Nachtunfälle. Insgesamt kamen 1905 in Bayern 15269 Unfälle vor und mußten die Aufsichtsbeamten 12371 Anordnungen zur Unfallverhütung treffen. 119 Unfälle verliefen tödlich, 602 hatten schwere Verletzungen zur Folge. Von den tödlichen Unfällen entfielen in Unterfranken 5 auf Bauarbeiter, insofern Abbruch von Gerüsten, Gebäuden, Leitern und dergleichen, 6 auf Einsturz von Erdmassen und ähnlichem.

Im niederbayerischen Aufsichtsbezirk zeigte sich abermals die Lohnzahlung für Arbeiter auf Bauten in Wirtschaften als schwer zu befämpfender Mangel und nur wiederholt auf Abhilfe zu drängen. Auf zahlreichen Tabellen werden 164 Streiks und 13 Ausperrungen mit den wichtigsten Einzelheiten dargestellt, wovon 24 bezw. 2 auf Maurer und Sandblauer und Erdarbeiter entfielen. Diese Kämpfe brachten den Arbeitern manche Erfolge, wie Arbeitszeiterhöhungen, Lohnverbesserungen, Tarifverträge. Etwas seltsam war die Ausperrung der Arbeiter in den Ansbacher Baugesellschaften. Sie war erfolgt, weil die Arbeiter sich geweigert hatten, einen Mebers zu unterzeichnen, daß sie unter den feindseligen Verhältnissen willig weiterarbeiten wollten. Die Veranlassung zu diesem an Nötigung und Erspreitung erinnernden kapitalistischen Terrorismus hatte den Herren der in zwei Baugesellschaften ausgebrochene Streit gegeben. Die Arbeiter unterzeichneten schließlich mit zwei Ausnahmen den Mebers. Das war eine böse Niederlage, eine brutale Vergeßlichkeit unserer dortigen Kollegen, und hoffen wir, daß sie die Scharte bald wieder auswaschen.

Die Aufsichtsbeamten konstatierten übereinstimmend, daß die erungenen Lohnverbesserungen und Lohnausgleichungen durch die eingetretene Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zum großen Teile wieder aufgehoben wurden. Wo die Löhne gleich geblieben, hat die Lebenslage der Arbeiter eine Verschlechterung erfahren. Die enorm gestiegenen Fleischpreise haben eine ungemein starke Zunahme des Pferdeverbrauchs zum Folge gehabt; im Augsburger Aufsichtsbezirk sind im Jahre 1905 6 neue Pferdebergeerzien errichtet worden. In der Stadt München wurden mit 22608 Schweinen um 1723 weniger geschlachtet als 1904, mit 919 Pferden dagegen um 187 mehr.

Mehr als je besteht heute die dringende kulturelle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich gemeinschaftlich zu organisieren, und darum sollten alle noch fernstehenden Kollegen dem Maurerverbande sich anschließen.

Aus Unternehmerkreisen.

* **Ein frommer Knecht war Fröblich.** Wirklich, treuere, Knechte als es die händischen Poliere des Baugewerbes sind, haben die Unternehmer noch nicht gehabt. Bei anderen Berufen beginnt mit dem Zusammenschluß in Berufsorganisationen auch das Selbstbewußtsein aufzuleben; bei den Polierern scheint es sich gerade umgekehrt zu verhalten, je mehr sie dazu übergehen, sich besonders zu organisieren, je mehr gebären sie sich als allergeringste Handlanger des Unternehmertums. Anzuweisen dies auf den „Deutschen Polierbund“ trifft, mag für diesmal außer Betracht bleiben, hier haben wir diesmal ein Dokument erbärmlicher Friederei der Verbände der Öffentlichkeit preisgegeben. Es führt den Titel:

Verbindungen der Baugewerksinnung „Baupolizei zu Hamburg“ und des Bundes der Poliere.

Es heißt da: „Die Baugewerksinnung „Baupolizei zu Hamburg“ und der Bund der Poliere bekunden ihre Uebereinstimmung zu einer gemeinsamen Wirksamkeit, um die Erfüllung ihrer sagnungsmäßigen Aufgaben zu fördern.“ Das „Zusammenwirken“ dieser beiden elen Körperlichkeiten wird dann in sieben „Sätzen“ des näheren Angelegt. Zunächst betrifft die Innung, nach Möglichkeit dahin wirken zu wollen, „daß die Autorität des Polierverbandes den Gesellen usw. gegenüber geschützt und gestärkt wird“, und „daß sich alle bei Innungsmitgliedern beschäftigten Poliere dem „Bunde“ anschließen.“ Weiter sollen die Mitglieder des Polierbundes bei Verlegung von Polierstellen besonders berücksichtigt werden; falls sie als Poliere nicht angestellt werden können, sollen sie als Gesellen beschäftigt erhalten und dann „gegen etwaige Behelligungen ihrer Mitarbeiter geschützt werden.“

Dafür verpflichtet der Polierbund, sein Bestreben darauf zu richten, „daß nur solche Personen als Mitglieder aufgenommen und gebildet werden, die ihrer Befähigung, ihrer Stellung und ihrer Gesinnung (1) nach zu der Vertrauensstellung eines Poliers geeignet sind.“ In dieser Weise geht es dann weiter. Der Gipfel erreicht die 5. ... Bundesbestimmung der Poliere dann mit folgendem „Satz“ 3: „Der Bund der Poliere ist verpflichtet, die an ihn gerichteten Ausnahmegesuche des Innungsverbandes zur Kenntnis mitzuteilen und über etwaige Einwendungen die Entscheidung des Vertrauensausausschusses einzuholen.“ Eine solche Selbstentwürdigung hat wohl selbst noch keine christliche Organisation vorgenommen, das müßte den 5. händischen Polieren überlassen bleiben. Daß wohl bei der Vertung dieser famosen Verbindungen ein Polier gewagt hat, auch von der Innung zu verlangen, daß sie zu Neuaufnahmen von Unternehmern erst die Einwilligung der Poliere einholt? Schwerlich wohl; er wäre aber auch sicher sofort wegen „unangenehmer Gesinnung“ hinaus bugstert worden. Der Vertrauensausausschuss, der in solchen Dingen das letzte Wort reden soll, besteht aus drei Polieren und drei Innungsarbeitern, den Vorfall selbst selbstredend immer ein Innungsarbeiter. Das wird wirklich ein nettes Konzert sein.

Den Weg, den hier ein Teil der hamburgischen Poliere einschlägt, wird voraussichtlich die gesamte (friedende) „Polierbewegung“ einschlagen; schon der Umstand, daß sich der „Deutsche Polierbund“ 100 M. von den Unternehmern schnorren mußte, um die Herausgabe einer Zeitung zu ermöglichen, zeigte, wohin der Kurs ging. Zu folg, die Wahrnehmung ihrer Rechte in und mit der Gesellenorganisation zu bewirken, ergeben sie sich auf Gnade oder Ungnade dem Schachmatt. Glücklicherweise denken und handeln nicht alle Poliere so — merkwürdig.

* **Die „Arbeitsgeberzeitung“** gibt in ihrer letzten Nummer den Jahresbericht unseres Verbandes wieder, zu dem sie nichts weiter zu sagen weiß, als dies: „Vor kurzer Zeit wurden nicht nur an dieser Stelle, sondern auch in anderen Blättern Angaben über die Galt der englischen Gewerkschaften veröffentlicht, die beweisen, in wieviel höherem Maße sich neuerdings die englischen Organisationen die Wohlfahrt ihrer Mitglieder anlegen lassen, als dies in Deutschland der Fall ist. Der größere Teil der Beitzagsgeber der englischen Gewerkschaften

schaften dient der Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder, der größte Teil des von den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften erhobenen Geldes wird zur Verwirklichung der Gewerkschaften, zum Streik und zur Agitation verwandt. Der Reichsverband einerseits und die Gewerkschaften andererseits sind in der Inventur des Reichsverbandes jener russischen Zigarren, in der schönen Schmach mit zahlreichen Diamanten, eine Anzahl feiderer Kleider und ein — kein wenig Wäsche — aufgeführt wurde.

Unsere Leser mögen sich daran verlieren, sie können aber auch sehen, welche miserable Arbeit sich die Unterstützer von ihren literarischen Hausdiensten gefallen lassen müssen.

Aus anderen Berufen.

* **Die Kämpfe in der Metallindustrie** lassen bisher noch keine Hoffnung aufkommen, daß der Friede nahe sei. Wohl haben in Dresden und Braunschweig Verhandlungen stattgefunden, eine Einigung konnte jedoch bei dem beispiellos privilegierten Verhalten der Unternehmer nicht erzielt werden. Viel eher ist darauf zu rechnen, daß der Kampf eine weitere Ausdehnung erfahren wird. Der Hauptausstoß des Verbandes der Metallindustriellen hat Anfang Mai in Berlin getagt und dabei beschlossen, die Arbeiter nicht bis zum 7. Mai in allen Streikorten die Arbeit wieder aufnehmen lassen, eine Aussprechung aller Metallarbeiter vorzunehmen. Würde dieser gemittelte Plan zur Ausführung gelangen, so würden circa 300 000 Arbeiter dabei in Frage kommen; denn sowohl bei den organisierten Metallindustriellen, als auch bei den inoffiziellen, es ergibt sich, daß es den Vätern dieses Gedankens gelingen wird, ihn auszuführen. Die Unternehmer würden sich dabei ins eigene Fleisch schneiden. Selbst wenn man die ungeheure Schädigung außer Betracht läßt, die ihnen selbst aus einem solchen Gewaltstreik erwächst, so dürfte es schon darum von einer solchen Massenauflösung Abstand nehmen, weil sie damit alles, was bisher noch unorganisiert bei ihnen herumläuft, in die Organisation treiben. Als Datum, an dem die Aussprechung erfolgen soll, nennt man zwar den 28. Mai, wir glauben aber, daß dieser Tag ruhig ins Land gehen wird, ohne daß die Drohung wahr gemacht wird. Neuerdings sind in Hannover Verhandlungen angeknüpft.

* **Die Bewegung der Seelen in Hamburger Hafen** ist nimmermehr beendet. Leider ohne daß es den Streikenden gelungen ist, die übermächtigen Reeder zu weiteren Zugeständnissen oder auch nur zur Anerkennung der Organisation zu bewegen. Der unglückliche Ausgang ist besonders durch die vielen Streikbrecher verschuldet, die die Reeder heranziehen konnten. Demselben traurigen Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß die Hafenarbeiter, die nach der Walfahrt auf zehn Tage ausgesperrt wurden, die Arbeit wieder aufnehmen mußten, ohne Forderungen stellen zu können. Besonders von England hatte sich viel Streikbrechergehirn eingeschoben.

* **Die Buchbinder sind in Berlin** in der Anzahl von circa 1200 ausgesperrt worden. Dieser Kampf ist auf die Walfahrt zurückzuführen. Die Arbeiter ließen am 1. Mai in ihrer überlegenen Mehrzahl die Arbeit ruhen, die Unternehmer bezichtigten das als Kontraktbruch und erklärten dadurch den bestehenden Tarifvertrag für aufgehoben. Das ist natürlich eine leere Ausrede, mit der man den Vertragsbruch mit einem Schein des Rechts bemänteln will; denn zur Aufhebung der Tarifgemeinschaft hatten die Unternehmer in Berlin gar kein Recht, da der Vertrag ausdrücklich mit dem Verband deutscher Buchbinder abgeschlossen war; er gilt also noch für andere Orte. Demgemäß hat auch nur dieser Verband, nicht aber die Unternehmer eines Ortes, das Recht, den Vertrag zu kündigen resp. aufzulösen. Da die Berliner Unternehmer versuchten, ihre Kuträger in Leipziger Werkstätten ausführen zu lassen, so ist es auch schon in Leipzig durch strikte Verweigerung von Streikarbeit zu ersten Differenzen gekommen.

* **Der Malerverband** veröffentlicht seine Jahresabrechnung. Danach betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl im Jahre 1905 29 458, das ist gegenüber dem Jahre 1904 ein Mehr von 6807. Die Nettoeinnahme des Verbandes betrug M. 614 080,75, darunter für Beiträge und Eintrittsgelder M. 435 070,80. Die Ausgabe betrug M. 591 675,65, es verblieb also ein Ueberschuß von M. 22 415,10. Von den Ausgaben entfielen auf Streikkosten im eigenen Beruf M. 207 545,51, in anderen Berufen M. 10 000, auf lokale Ausgaben M. 167 112,95, auf Krankenunterstützung M. 51 275,25, auf Sterbenunterstützung M. 8845, auf Reiseunterstützung M. 7046,47. Das Jahressorgende M. 85 154,50. Das Vermögen betrug M. 326 558,99, davon entfielen auf die Hauptkasse M. 260 690,85.

* **Der Bergarbeiterstreik in Nordfrankreich** ist ohne Erfolg für die Arbeiter beendet.

Kongresse und Generalversammlungen.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hielt vom 24. bis 27. April seine Generalversammlung in Cöln ab. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1905 3903 gegen 2704 am Schluß des Jahres 1904. In den beiden Jahren wurden 4567 Mitglieder aufgenommen, von denen 2408 wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden mußten. In den beiden Berichtsjahren hat der Verband 3372 dauernde und 128 574 Auszubildende vermittelt. Nach den ortsüblichen Gebühren hätte für diese Stellen mindestens die Summe von M. 87 176 an die gewerkschaftlichen Stellenvermittler bezahlt werden müssen. Regelmäßige Lohnbewegungen sind bisher noch nicht möglich gewesen. Nur bei Ausstellungen und anderen großen Veranstaltungen kam es zu meist spontan ausbrechenden Streiks. Die Einnahme betrug M. 135 880,89, die Ausgabe M. 113 745,22. Das Vermögen belief sich auf M. 42 800. Der Beitrag wurde von 80 auf 40 S erhöht. Für Rheinland und Westfalen soll ein besonderer Gauleiter angestellt werden. Unter dem Gauleiterpersonal soll mehr agitiert werden. Ferner wurde folgender Beschuß gefaßt: „Personen, die außerhalb ununterbrochen länger als sechs Wochen oder dauernd etwa als Auszubildeter, Buchhalter, Kasper usw. im Nebenberuf im Gastwirtsberuf tätig sind, sind verpflichtet, sich dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen anzuschließen. Andererseits ist darauf zu dringen, daß Mitglieder, die außer im Gastwirts-

gewerbe noch in einem anderen Beruf in dem oben bezeichneten Umfang beschäftigt sind, ebenfalls der für diesen Beruf zuständigen Organisation beitreten.“

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeitsversicherung.

* **Krankentafelunterstützung und Unfallvorsorge.** Vor einiger Zeit beschäftigten sich die Gerichte mit einer Frage, die für die Krankentafeln von großer Bedeutung ist. Es handelt sich darum, ob die Krankentafeln verpflichtet sind, ein von einem Unfall betroffenen Mitglied während der ganzen für Erkrankte statutarisch festgesetzten Unterstützungsperiode zu unterstützen, oder ob sie berechtigt sind, sobald die Unterstützungsfrist der Unfallversicherung eintritt, die Unterstützung einzustellen. Die Krankentafeln haben bisher die Praxis beobachtet, daß sie, wenn mit Ablauf der dreizehnten Woche die Unfallversicherung eintritt, mit der Unterstützung aufhören, sich dabei auf die Bestimmungen des Krankentafelgesetzes stützend. Dagegen wurde vielfach eingewendet, daß trotz dieser Vorschriften die Krankentafeln während der vollen statutarisch festgesetzten Dauer die Unterstützungsfrist zahlen müssen. Die Spruchpraxis der Gerichte in dieser Frage ist keine einheitliche; im Bezirk des Senatsgerichts Oberlandesgerichts ist die Angelegenheit, wie wir schon kurz mitgeteilt haben, zum prinzipiellen Austrag gekommen, und die Urteilsgründe liegen jetzt vor. Zum besseren Verständnis wollen wir den in Rede stehenden Fall kurz rekapitulieren. Ein Arbeiter P. in Lübeck hatte einen Unfall erlitten und mußte über 26 Wochen im Krankenhause verpflegt werden. Die Krankentafel gewährte nur das Krankengeld für die ersten 13 Wochen mit Beginn der 14. Woche hatte die Berufsgenossenschaft der Krankentafel mitgeteilt, daß sie die weiteren Verpflichtungen gegen P. übernehme. Dieser verlangte aber die Auszahlung des Krankengeldes für die statutarisch festgesetzte Dauer von 26 Wochen; mithin betrug das Klageobjekt 13 Wochen Krankengeld, gleich M. 163. Das Oberlandesgericht als höchste Instanz beurteilte die Kasse zur Zahlung der eingeklagten Summe. Begründend wies u. a. aus: „... Die Verpflichtung der eingetragenen Hilfskassen, den von Unfällen betroffenen Arbeitern Unterstützungen zu gewähren, wird durch das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz nicht berührt. Die Hilfskassen hat nur, wenn sie in Erfüllung ihrer Verpflichtung Unterstützungen für einen Zeitraum geleistet hat, für den dem Unterstützten nach Maßgabe des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ein Entschädigungsanspruch zusteht, einen Ersatzanspruch gegen die Berufsgenossenschaft, der durch die Ueberweisung des Rentenanspruchs des Verletzten oder eines Teiles dieses Anspruchs an sie zu erfüllen ist. Diese Vorschrift ist durch das Gesetz vom 25. Mai 1900; betreffend weitere Veränderungen des Krankentafelgesetzes nicht beseitigt, insbesondere nicht durch die neue Bestimmung, daß die Krankentafelunterstützung im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der 26. nicht wie bisher schon der 13. Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges endet. Mit Unrecht vertritt sich die Kasse auf Wechtes Kommentar zum Unfallversicherungsgesetz. In diesem, dessen 5. Auflage 1901, also vor der erwähnten Krankentafelnovelle, enthalten ist, wird ausgeführt, daß auch statutarische Rechteleistungen der Kassen, die also das Maß der gesetzlichen Mindestleistungen übersteigen, trotz der Vorschriften des § 25 in Kraft bleiben, und daß die Verpflichtung der Krankentafeln, die von ihnen gewährte Unterstützung zu gewähren, dem berechtigten Verletzten gegenüber in vollem Umfang aufrecht zu erhalten sei, also nicht nur für diejenige Zeit, in der aus der Unfallversicherung nichts geleistet werde (Krankenzeit), sondern auch insoweit, als die Berufsgenossenschaft einzutreten habe. Für den letzteren Fall gibt dann aber der Absatz II des § 25 der Kasse der Berufsgenossenschaft gegenüber einen Anspruch auf Ersatz. Die Wechtes weiter ausführt, haben die Berechtigten sich zunächst an die Krankentafel zu wenden; die Berufsgenossenschaft leistet der Kasse mit den aus § 25 Absatz 4 und 5 folgenden Einschränkungen Ersatz für die Auslagen und gewährt dem Berechtigten den ihm von ihr geschuldeten Mehrbetrag. An diesem Ergebnis ändert die völlig richtige Erwägung nichts, daß die Verpflichtungen aus der Unfallversicherung insofern prinzipieller Natur sind, als ihnen eine Ersatzleistung aus der nebenher bestehenden Verpflichtung anderer Anstalten nicht erwächst, daß vielmehr im enghaltigen Ergebnis diese anderen Anstalten — Kassen — insoweit erleichtert werden, als ihre Leistungen aus der Berufsgenossenschaft zu erfüllen sind. Man darf sich dadurch nicht irre machen lassen, daß unter Betonung dieses Umstandes die Verpflichtungen der Kassen für die zweiten 13 Wochen häufig als „subsidiäre“ bezeichnet werden. Das sind sie in dem doppelten Sinne, daß diese Aufwendungen im Endresultate die Berufsgenossenschaft treffen und daß der Verletzte, dem sie von ihr geleistet sind, sie nicht auch noch von der Kasse fordern kann. Nicht dagegen in dem Sinne, daß der Verletzte schon dann keine Ansprüche an die Kasse hätte, wenn die Berufsgenossenschaft erklärt: sie erkenne den Anspruch des Verletzten aus dem Unfallversicherungsgesetz an und sei bereit, ihn zu erfüllen. Soweit sich ihre Verpflichtungen dem Verletzten gegenüber beden, stehen ihm die Kasse und die Berufsgenossenschaft als Gesamtschuldner gegenüber. Daraus folgt aber, daß die Schuld der Kasse nur durch Zahlung seitens der Berufsgenossenschaft getilgt wird.“ Unter Hinweis auf die legislative Behandlung der Materie wird weiter ausgeführt: „Eine wichtige Veränderung gegen den früheren Rechtszustand ist aber durch die Novelle vom 25. Mai 1900 eingetreten. Vor der Novelle stand der Hilfskasse frei, ihre Mitunterstützung neben der Berufsgenossenschaft über die 13. Woche hinaus durch ihr Statut auszuweiten. Von dieser Befugnis hatte auch die Beklagte Gebrauch gemacht, indem sie in dem § 12 ihres Statuts vom 21. Juni 1899 bestimmte: „Ist die Krankentafel Folge eines Betriebsunfalles, so erklärt die Verpflichtung der Kasse mit dem Tage, von welchem an der Erkrankte auf Grund der Reichsgesetze über Unfallversicherung Entschädigung bezieht.“ Mit dem Inkrafttreten der Novelle mußte diese Bestimmung fallen, in richtiger Erkenntnis der Sachlage wurde sie gestrichen. In der jetzt zur Entscheidung stehenden Sache ist, wie die Beklagte nicht bestritt, keine Zahlung seitens der Berufsgenossenschaft erfolgt, die Schuld der Beklagten ist nicht getilgt.“

Polizei und Gerichte.

* **Humane Instiz.** Von der Anklage des Betruges freigesprochen wurde vom Schöffengericht Reddinghausen der Freigeistliche, des größten Bauarbeiterverbandes Franz Rogge. Er hatte seinem Zweigverein bekanntlich während der vorjährigen Ausschreibung der Verrechnung der Unkosten für gemeinsam abgehaltene Versammlungen M. 6 zu viel abgenommen, indem er auch die Kosten für drei von seiner Organisation schon früher abgehaltene Versammlungen auf das gemeinsame Konto verrechnet. Dieser Tatbestand wurde vor Gericht festgestellt. Gestellt wurde ferner, daß Rogge noch einmal angegangen wurde, die Originalrechnung zu zeigen, was er jedoch unter nichtigenden Gründen zu umgehen suchte. Er selbst gab diese Tatsachen zu, will jedoch nur aus „Irrtum“ gehandelt haben. Das Gericht nahm dies auch als glaubhaft an. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte selbst die Freisprechung beantragt. In eigenhändigem Gegenstand zu dem angehängten „Irrtum“ des Rogge steht nur aber die Tatsache, daß das Geld bis jetzt noch nicht zurückgezahlt ist. Ja noch mehr, Rogge meinte noch am dem Gerichtsdirektor nach der Verhandlung, wenn wir unser Geld haben wollten, müßten wir Habseligkeiten anstrengen. Und trotzdem war es nur ein „Irrtum“. Der Mann muß eine eigentümliche Moral haben.

* **Streikführer.** Durch Urteil des Schöffengerichts zu Kappeln in Oberrhein waren die Maurer Franz Koch und Anton Bias am 5. Februar d. J. wegen Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung und § 185 des Strafgesetzbuches zu vier und sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Auf ihre gegen das Urteil des Schöffengerichts eingelegte Berufung hob das Landgericht zu Oppeln das Urteil auf, sprach Koch von der gegen ihn erhobenen Anklage frei und verurteilte Bias zu einer Geldstrafe von M. 20 oder vier Tagen Gefängnis. Die Berufungssanktion stellte folgenden Sachverhalt fest: Anfang November 1905 war auf dem Neubau der Graf von Göttingen Papierfabrik zu Kappeln ein Maurerstreik ausgebrochen, an welchem der Maurer Wattoit sich nicht beteiligte. Als dieser am 20. November 1905 nach der Mittagspause wieder zur Baustelle ging, traf er auf der Oppelner Chaussee am Bahnhofsübergange der Deutsch-Brandenburger Eisenbahn die beiden Angeklagten, die nach Kappeln gekommen waren, um als Vertreter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands den Streik zu leiten. Maurer Wattoit wurde von den Angeklagten, in deren Gesellschaft sich noch ein dritter unbekannter Mann befand, angehalten und gefragt, ob er denn nicht wisse, ob gestreikt werde und ob er nicht „organisiert“ sei. Auf Wattoits Antwort, er sei Mitglied des Zentralverbandes, entgegneten, die Angeklagten: „ob er denn da nicht wußte, was er zu tun hätte und wies ihn auf die Statuten des Verbandes hin, in denen deren jeder den Streik beendende aus dem Verbande ausgeschlossen wurde.“ Wattoit erwiderte hierauf: „Ich bin hier zu Hause und da muß ich arbeiten“, und schied seinen Weg fort. Der Angeklagte folgte ihm einige Schritte und redete ihm zu, doch nicht zur Arbeit zu gehen, und dadurch seinen Mitarbeitern die Lohnherabsetzung zu „verdienen“. Wattoit blieb jedoch diesen Einwirkungen gegenüber unzugänglich und ging ruhig weiter. Als der Angeklagte Bias dies sah, rief er dem Angeklagten Koch zu: „Kasse doch die Bestie“. Wattoit drehte sich auf Bias um und sagte: „Eine Bestie für sich“. Koch ging nun zurück und rief dem Wattoit noch nach: „Wir werden schon noch zusammenkommen“. Der Maurer Wattoit traf unmittelbar nach diesem Vorfall auf seinem Wege zur Arbeitsstelle mit dem auf der Straße patrouillierenden Polizeigefolge ein. Wattoit zusammen, der aus einer gewissen Entfernung den Vorgang beobachtet hatte und nun den Wattoit befragte, was die Männer von ihm gewollt hätten. Wattoit stand Bias und Antwort und berichtete insbesondere auch, daß Bias dem Koch in Beziehung auf ihn, den Wattoit, zugerufen habe: „Kasse doch die Bestie“, erwähnte aber nichts von den ihm seitens des Koch noch zuletzt nachgerufenen Worten.

Die Angeklagten geben an, den Maurer Wattoit auf der Chaussee angehalten zu haben, bestritten aber, den Versuch gemacht zu haben, ihn durch Erörterung oder Drohung von der Arbeit abzuhalten; sie wollen vielmehr lediglich den Wattoit als Mitglied des Zentralverbandes auf die Statuten des Verbandes und auf die Pflichten der Solidarität hingewiesen haben. Bias insbesondere leugnet, den Wattoit beleidigt zu haben; möglicherweise habe die Äußerung „Kasse doch die Bestie“ einer der zur fraglichen Zeit zugegen auf der Straße anwesenden anderen Arbeiter getan, der die angeblichen Verurtheilten, Wattoit zu bezeichnen habe.

Was zunächst diese Äußerung anlangt, so hatte das Berufungsgericht keinen Zweifel, daß sie in der Tat Bias getan hat. Es ist zunächst nicht anzunehmen, daß eine dritte unbeteiligte Person das Gespräch zwischen Wattoit einerseits und den Angeklagten Koch und Bias andererseits, in irgendeiner auffallender Form nicht geführt worden ist, so genau verfolgt hätte, daß er zu jener Äußerung veranlaßt worden wäre. Wattoit hatte auch damals die Worte: „Kasse doch die Bestie“, gesprochen hat, denn er drehte sich sofort nach ihm um mit den Worten: „Eine Bestie für sich“, und teilte diese hinterher dem Polizeigefolge mit, das ihn auf der Chaussee in der angegebenen Weise beobachtet habe. Die strafrechtliche Beurteilung der Äußerung ist langend, so hat das Berufungsgericht das Erfüllte des Tatbestandes des § 163 der Gewerbeordnung verneint. Allerdings ist die Äußerung: „Kasse doch die Bestie“, als Ehrverletzung anzusehen. Voraussetzung des § 163 der Gewerbeordnung ist jedoch ferner, daß die Ehrverletzung als Mittel gebietet hat dazu: dienen sollte, den Verletzten zur Teilnahme an den in § 162 der Gewerbeordnung bezeichneten Verabredungen zu bestimmen.

Im vorliegenden Falle kommt aber eine solche mit der in Rede stehenden Äußerung in Verbindung stehende Absicht des Angeklagten Bias nicht in Betracht. Im Gegenteil ist aus der Form der von den Angeklagten Koch, welcher seine Bemerkungen, den Wattoit für den Streik zu gewinnen, fortsetzte, gerichteten Äußerung: „Kasse doch die Bestie“, deutlich ersichtlich, daß die Absicht des Bias lediglich darin gelegen ist, den Koch von der Fortsetzung der als verwerflich und überflüssig erkannten weiteren Einwirkung auf Wattoit abzuhalten. Die Aussprechung des Bias ist nicht

in Bezug auf den in der Zukunft liegenden Zweck der Beeinflussung des Bawollis, sondern einerseits aus Verger über die Fruchtlosigkeit des bisherigen Beeinflussungsversuches, andererseits aus dem Zwecke, dem Mitangeklagten noch weitere ausichtslose Bemühungen zu ersparen, getan.

Wies schließlich die Unveränderlichkeit des § 153 der Gewerbeordnung aus. Dagegen stellt die fragliche Auslegung unbedenklich eine Verletzung dar, und zwar, da sie auf offener Straße geschah und von einer unbestimmten Anzahl von Personen, welche gerade damals die Straße passierten, gehört werden konnte, eine öffentliche.

Was den dem Angeklagten noch zur Last gelegten Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung betrifft, so hat auch bezüglich seiner das Berufungsgericht die bezügliche Schuldfrage verneint.

Die Auslegung, welche noch dem Bawollis nachgerufen hat: „Wir werden schon noch zusammenkommen“, enthält schon objektiv keine Drohung im Sinne des angelegenen Gesetzes; denn aus ihr geht nicht mit genügender Deutlichkeit hervor, daß dem Bawollis ein Uebel in Aussicht gestellt werden sollte; die Auslegung kann sich vielmehr ebenso gut darauf bezogen haben, daß noch dem Bawollis wegen seines mangelhaften „Solidaritätsgefühls“ bei Gelegenheit später noch Wehe stellen werde, ohne ihm hierbei jedoch ein Leid anzutun.

Trotzdem welches Gewicht hat auch Bawollis auf jene Auslegung, als er sie hörte, nicht gelegt, geschweige daß er sich durch sie in seiner Sicherheit bedroht gefühlt hätte; dem Polizeibeamtanten Götzel, mit dem er ein ausführliches, keineswegs in Eile geführtes Gespräch führte, wobei er ihm die von Bias zugeführte Verleumdung erzählte, hat er nämlich von einer Drohung des noch nichts gesagt, was er sicher getan hätte, wenn eine nach dieser Richtung erhebliche Verleumdung des noch gefallen wäre.

Nach alledem ist nicht tatsächlich festgestellt, daß die Angeklagten am 20. November 1904 zu Skrupel gemeinschaftlich den Maurer Bawollis durch Drohung begn. Ehrverletzung zu bestimmen versucht haben, Verabredungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen Folge zu leisten. Dagegen hat das Berufungsgericht für tatsächlich festgestellt, daß der Angeklagte Bias am 20. November 1905 zu Skrupel den Maurer August Bawollis wirklich beleidigt hat, und zwar öffentlich.

Das erste Urteil war demgemäß aufzuheben und der Angeklagte noch von der Anklage aus § 153 der Gewerbeordnung freizusprechen. Der Angeklagte Bias ist dagegen, da Strafamtung seitens der Mutter des Beleidigten als der gesetzlichen Vertreterin schrift- und formgerecht gestellt ist, aus § 185 Str.-G.-B. zu bestrafen. Bei der Strafmaßung fielen einerseits die Vorstrafen des Angeklagten ins Gewicht und andererseits erschien strafmildernd der Umstand, daß der beleidigte Maurer Bawollis, obgleich er bereits über 18 Jahre alt, mithin berechtigt war, selbständig einen Strafamtung zu stellen, hierab abgesehen und auch in der erneuten Hauptverhandlung ausdrücklich erklärt hat, daß er keinen Wert auf Bestrafung des Bias lege.

Der Strafamtung ist vielmehr von der Mutter des Bawollis extrahiert worden.

Verschiedenes.

Achtstundentag im Maurergewerbe. In der Stadt Gaby haben nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ aus Madrid die Maurer auf gutem Wege die Gewährung des Achtstundentages angestrebt und die Unternehmer sind nach einigem Bögern auch auf dem Entschluß gekommen, diese Forderung in vollem Umfang zu erfüllen. — Sollte in Deutschland umnöglich sein, was in Spanien möglich ist?

Ueber die größten Bahnhöfe der Welt bringt der „Welt-Kurier“, die reichhaltige illustrierte Monatschrift für Reise und Verkehr, folgende interessanten Angaben: An erster Stelle steht der Hauptbahnhof von St. Louis mit 39450 qm Grundfläche und 82 Gleisen, dann folgen Boston-Säb Bahnhof, Paris-St. Lazare, Frankfurt a. M., Dresden, Boston-Nordbahnhof, Köln-Hauptbahnhof. Der im Bau begriffene Leipziger Hauptbahnhof umfaßt 85550 qm und 26 Gleise und wird nach seiner Vollendung der größte Bahnhof der Welt sein. Der Hauptbahnhof München mit 21070 qm Grundfläche und 16 Gleisen in der Halle nimmt die achte Stelle unter den Bahnhöfen ein.

Gewaltige Naturereignisse, ungeheure elementare Katastrophen haben in den letzten Wochen zwei Kulturländer betroffen. Jeder unserer Leser wird durch die Tagespresse darüber unterrichtet sein. In Italien, am lachenden Golf von Neapel, bewirkte der Ausbruch des Vesuvius eine schreckliche Verdrängung. Ganze Ortschaften wurden durch Lavaströme und Aschen- und Steinregen zerstört. Viele Menschenleben fielen dem Wüten des Berges zum Opfer. Noch hatte er sich nicht völlig beruhigt, als aus Kalifornien die Nachricht von einem entsetzlichen Erdbeben kam, das noch weit schrecklichere Verwüstungen als jenes vulkanische Ereignis anrichtete. Am härtesten wurde die blühende, über 400 000 Einwohner zählende Stadt San Francisco betroffen. Binnen einigen Stunden hat das Erdbeben und das durch dieses zum Ausbruch gebrachte Feuer die Stadt fast vom Boden verflücht. Tausende von Menschenleben sind vernichtet; Hunderte von Millionen, vielleicht Milliarden von Werten sind zerstört.

Das Erdbeben kam keineswegs ganz überraschend und unerwartet. Kalifornien wird andauernd von Erdbeben heftig, wie ja auch die Bildung seiner furchtbaren Täler und der goldenen Horde (Merenge, die die Bai von Kalifornien mit dem Ozean verbindet) das Resultat solcher Erderschütterungen sind. Seit dem Jahre 1800 treten in dem Gebiete der nordamerikanischen Union neben zahlreichen geringeren Beben nicht weniger als 23 Katastrophenbeben auf, d. h. solche, bei denen Erdbeben sich bildeten; Häuser zusammenstürzten und Menschen um Leben kamen. Von diesen 23 Beben betraf die übergroße Mehrzahl (16) das pacifische Gebiet, Kalifornien, und von diesen hatte nur die kleinere Zahl ihren Hauptsitz südlich von San Francisco, bei Los Angeles, während die größere Zahl das sogenannte Epizentrum (Ort des Hauptstoßes) unmittelbar bei San Francisco, teilweise, z. B. 1881 und 1888, im Weichbild der Stadt selbst hatten. Eine Erdbebenkarte der letzten

Jahrzehnte zeigt, wie ein förmlicher Strudel von Erdbeben das Goldene Tor umfaßt und an der Zerstörung des Küstengebietes arbeitet. Danach war schon lange für San Francisco eine Katastrophe zu befürchten; wie sie am 18. April eingetreten ist. Aber der Lebenskreis der Stadt am Goldenen Tor ist sicherlich noch nicht abgeschlossen; über der furchtbaren Zerstörung darf man nicht verzweifeln, daß dieselben Kräfte, die sich jetzt so zerschlagend betätigen, die glänzende Lage von San Francisco geschaffen haben und weiter schaffen, eine Lage, die gebietet nach der Stadt verlangt, welche sich zur Beherrscherin des Stillen Ozeans entwickeln muß.

So schrecklich betagte Katastrophen auch sind, so haben sie doch nicht selten eine erhebliche kulturelle Wirkung, indem sie den Menschen anspornen zu höherer Leistung zwecks seiner Sicherung gegen zerstörende Naturkräfte. Beim Wiederaufbau wird man die notwendigen Lehren aus dem furchtbaren Ereignis ziehen, und das neue San Francisco wird feuerfester und erdbebenfester sein. Auch zur gesunden Entwicklung wirtschaftlicher und sozialer Zustände und Einrichtungen regt das gewaltige Unglück an. So hat z. B. der große Brand von dem Hamburg im Jahre 1842 betroffen wurde, die Veranlassung zu bedeutenden Reformen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens, insbesondere auch im Bauwesen, gegeben. Und als seinerzeit Chicago von dem großen Brandunglück heimgekehrt wurde, da erwies sich dieses nachher als ein Glück für die Stadt und die ganze Union. Denn der Brand hatte den ungesundesten elementarsten Teil der Stadt vernichtet, der Wiederaufbau aber setzte an die Stelle der Holzbaracken glänzende Steinhäuser; er bewandelte das Bild der Stadt und brachte gleichzeitig der amerikanischen Industrie in weitem Umfange Arbeit und Gewinn. Nach den früheren Erdbeben in Frisco wurden hauptsächlich niedrige Häuser gebaut, erst die letzten Jahre brachten mit dem Vergehen jener aus altem Unglück gezogenen Lehren auch nach San Francisco die richtigen amerikanischen Bauten, Steinmauern und Balken-träger, die sich jetzt als so verberstlich erwiesen haben. Zu ihrer Widererrichtung wird man sich sicherlich so leicht entschließen. Möglicherweise Personen, denen auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, haben schon beschlossen, San Francisco als eine der schönsten Städte der Welt aus der Asche erheben zu lassen. Die Arbeiten sollen an der Wasserversorgung beginnen werden, wo neue Rats und neue Lagerhäuser mit einem Aufwand von 25 Millionen Dollars angelegt werden sollen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) Heft 33 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Wahlen in Frankreich. Von K. K. — Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. Von W. J. Janssen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postkörpers zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Neue Gesellschaft, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ely Braun (Verlag: Berlin W 15. Preis für das Einzelheft 10 A, pro Monat 40 A, pro Vierteljahr M. 1.20, Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert). Heft 20 des 2. Bandes. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Klassen: Nicht im Dienst! — Mitleid die Kinder! — Der nachfolgende Staat. — Juristischer Rindermord. — Unverwundeter Besuch. — May-Maurenbrecher: Entweder — Oder. — Albert Thomas: Nach den französischen Wahlen. — *.*: Die Eröffnung der Duma.

Der „Wahre Jacob“ hat seinen 10. Nummer seines 28. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Zybil“ und „Der Eingang der Mächte in den Saal“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 A.

Briefkasten.

An die Schriftführer! Es sind wieder verschiedene Anfragen resp. Beschwerden über nichtaufgenommene Berichte teils an uns, teils an den Vorstand gelangt. Wir weisen darum nochmals besonders alle Schriftführer darauf hin, daß wir alle Zuschriften, die lediglich über das Entstehen von Versammlungen berichten, fernerhand abweisen müssen. Eine Ausnahme kann nur bei solchen Versammlungen gemacht werden, die sich mit Angelegenheiten der Lohnbewegung beschäftigen oder sonst für die Allgemeinheit wichtige Fragen behandeln. Wir werden in Zukunft die nach diesen Grundbegriffen abgeleiteten Berichte jedesmal kurz an dieser Stelle bekannt geben, damit die Einsender wissen, woran sie sind. Im übrigen glauben wir, bei dieser Maßregel alle einsichtigen Verbandskollegen auf unserer Seite zu haben.

Berichte wurden abgelehnt: Herford, Seelen, Seilenroba, Königsmaße, Augsburg und Ulm.

Nordhausen. Bei diesem Stadium der Lohnbewegung ist noch in keinem Falle der Bezug gewarnt. Auch bei Nordhausen können wir das nicht tun. Oder glauben Sie, daß Nordhausen eine ganz besondere Anziehungskraft auf die Streikbrecher ausübt?

Reichenhaff, M. Sch. Ihrem Artikel müssen wir leider die Aufnahme verweigern, weil wir für solche Sachen keinen Platz haben. Dann sind wir aber auch der Meinung, daß sich unsere Mitglieder besser mit anderen für sie nützlicheren Dingen als mit dem Erörtern irgend eines der vielen Stenographiephänomene beschäftigen sollten. Praktischen Wert wird die Stenographie für die Mehrzahl unserer Mitglieder niemals erlangen, weil ihnen dazu die nötige Vorbildung, Beherrschung der deutschen Sprache, fehlt. Guck erwidert!

Rühnke, C. Sch. Geben Sie die Erklärung, daß Sie die Verleumdung zurücknehmen, in der Versammlung ab. Ein Informat dieses Inhalts können wir nicht annehmen.

Milbennau. Nein, das tut der Verband nicht. Wir können Ihnen auch keine Stelle anbieten.

Breslau, C. H. Bericht sollte zurückbleiben, da er erst kurz vor Schluß des Blattes eintraf.

* Anzeigen. *

Sterbetafel.

Alt-Schaumburg. Am 28. April verschied nach schwerem Leiden unser treuer Verbandsmitglied **Wilhelm Grandert** im Alter von 43 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Elfrin. Am 7. Mai starb unser Verbandskollege **Friedrich Raasch** aus Elfrin im Alter von 58 Jahren an Lungenentzündung.

Eppelheim. Am 8. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Philipp Friedrich Treibes** im Alter von 37 Jahren an Magenleiden.

Gr.-Möden. Am 6. Mai starb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Fritz Hannemann** im Alter von 68 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Guben. Am 2. Mai starb unser Kollege **Paul Gablenz** im Alter von 37 Jahren an Zuckerharnruhr.

Karlshagen-Bretten. Am 8. Mai starb unser Verbandskollege **Wihl. Konnanz** im Alter von 19 Jahren. (Gehänge sich.)

Rangen i. Sassen. Am 5. Mai starb unser Verbandskollege **Adam Sallwey** im Alter von 61 Jahren an Lungenleiden.

Süßenberg. Am 30. April starb unser Verbandskollege **August Gehler** nach kurzem Leiden an Lungenentzündung im Alter von 85 Jahren.

Süßmühl. Am 30. April starb unser treuer Ehrenmitglied **Christian Bachmann** im 81. Lebensjahre an Herzschwäche.

Wethen. Am 4. Mai starb nach kurzem, schwerem Leiden unser treuer Mitglied **Ernst Hickmann** an den Folgen eines Verfallsfalls.

Schleswig. Am 7. Mai starb unser Verbandskollege **Julius Mus** im Alter von 63 Jahren an Herzschlag. (Gehänge sich.)

München.

Das Bureau befindet sich vom 20. Mai an in der **Sandstraße 4/1**, Seitengebäude. [M. 1,20]

Salzweel.

Der erste Vorsitzende des **Salzweeler, A. Wagener**, wohnt **Adlerstr. 11**. Jeder hier arbeitende Kollege hat sich dort zu melden. [M. 1,50]

Horst-Emscher.

Der Kassierer **Otto Brand** wohnt **Sorfermarkt, Hermannstr. 3**. [M. 1,20]

Bückeburg und Umg.

Sonntag, den 27. Mai, Nachmittags 4 Uhr:

* Stiftungsfeest *

im **Milsmannschen Saal** zu Bückeburg.

Damen frei. **Herren 75 Pfg.**

Die Kollegen von nah und fern sind hierdurch freundschaftlich eingeladen. [M. 3,30] **Das Festkomitee.**

[M. 1,80] **Reichenhall.**

Sonntag, den 20. Mai, feiert der Zweigverein sein Zehnjähriges Stiftungsfeest.

Alle Kollegen sind hierzu freundschaftlich eingeladen.

Nebra.

Sonntag, den 20. Mai, Abends 8 Uhr:

Erstes Stiftungsfeest

verbunden mit **Konzert und Ball.**

Alle Kollegen von Nebra und Umgegend sind hierzu freundschaftlich eingeladen. [M. 3] **Der Vorstand.**

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonabend, den 19. Mai.

Heringen. Abends 8 Uhr bei Woldemar Wime. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonntag, den 20. Mai.

Hamm i. W. Nachmittags 3 Uhr.

Ohlau. Nachm. 3 Uhr im „Gasthof „Stadt Lela“.

Dienstag, den 22. Mai.

Altenburg. Abends 8 1/2 Uhr im „Wider“.

Sorau. Abends 7 Uhr in der „Hofa“. Referent anwesend. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Mittwoch, den 23. Mai.

Berlin-Osten I. Abends 8 1/2 Uhr in der „Königsbarr“, Frankfurterstr. 117.

Berlin-Südwest. Abends 8 1/2 Uhr bei Gabel, Bergmannstr. 6/7.

Sonntag, den 27. Mai.

Döbeln. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Hintersee. Mittags 12 Uhr im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung.

Wusterhausen. Vorm. 11 Uhr in Freitag's Lokal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Druck: Samsburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.